

2024



21

Nachhaltige
Entwicklung,
regionale und
internationale
Disparitäten

Neuchâtel 2024

Statistischer Anhang zum Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

Statistischer Anhang zum Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

Redaktion Léo Friedli; Medea Savary; Moritz Schönbächler;
Anne Bösch, BFS
Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel 2024

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: monet@bfs.admin.ch
Redaktion: Léo Friedli; Medea Savary; Moritz Schönbächler;
Anne Bösch, BFS
Reihe: Statistik der Schweiz
Themenbereich: 21 Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale
Disparitäten
Originaltext: Deutsch, Französisch
Übersetzung: Sprachdienste BFS
Layout: Publishing und Diffusion PUB, BFS
Grafiken: Publishing und Diffusion PUB, BFS
Online: www.statistik.ch
Print: www.statistik.ch
Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel,
order@bfs.admin.ch, Tel. +41 58 463 60 60
Druck in der Schweiz
Copyright: BFS, Neuchâtel 2024
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet
BFS-Nummer: 2186-2400
ISBN: 978-3-303-21054-3

Inhaltsverzeichnis

1	Über diesen Anhang	4	2.3	Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt	27
1.1	Einleitung	4	2.3.1	Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern	27
1.2	Präsentation der Unterthemen	4	2.3.2	Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen	31
1.3	Beurteilung der Indikatoren	5	2.3.3	Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten	35
2	Monitoring der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030	6		Quellen	40
2.1	Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion	7			
2.1.1	Nachhaltige Konsummuster fördern und ermöglichen	7			
2.1.2	Wohlstand und Wohlergehen unter Schonung der natürlichen Ressourcen sichern	9			
2.1.3	Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben	12			
2.1.4	Unternehmensverantwortung im In- und Ausland stärken	15			
2.2	Klima, Energie und Biodiversität	16			
2.2.1	Treibhausgasemissionen reduzieren und klimabedingte Auswirkungen bewältigen	16			
2.2.2	Den Energieverbrauch senken, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien ausbauen	19			
2.2.3	Biologische Vielfalt erhalten, nachhaltig nutzen, fördern und wiederherstellen	22			

1 Über diesen Anhang

1.1 Einleitung

Der vorliegende statistische Anhang zum Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates (SNE 2030) ergänzt die im Bericht enthaltenen Informationen aus dem Indikatorensystem MONET 2030* für das Monitoring der Strategie.** Der Anhang gliedert sich gleich wie der Bericht in die zehn Unterthemen der SNE 2030 und liefert eine quantitative Sichtweise auf die Umsetzung der entsprechenden Ziele.*** Er beruht auf der Auswahl der MONET-2030-Indikatoren für das Monitoring der SNE 2030, die mit zusätzlichen statistischen Informationen ergänzt wurden. Diese Zusatzangaben wurden in enger Zusammenarbeit mit den für die jeweiligen Themenbereiche zuständigen Bundesämtern ausgewählt und bilden zusammen mit den Indikatoren statistische Datencluster für die einzelnen Ziele der SNE 2030. Die in diesem Anhang präsentierte Endauswahl an Zusatzangaben sowie der internen Struktur der Kapitel wurde vom BFS getroffen.

1.2 Präsentation der Unterthemen

Jedem Unterthema der SNE 2030 ist in diesem statistischen Anhang ein Kapitel gewidmet. Die Kapitel sind in Unterkapitel gegliedert, die jeweils einem SNE-Ziel entsprechen. Die Ziele der SNE 2030 beruhen auf ausgewählten Zielen aus der Agenda 2030, die in den Schweizer Kontext übertragen wurden. Der bzw. die einem Ziel der SNE 2030 zugeordneten Indikatoren werden mit einer Grafik veranschaulicht, gefolgt von einer Beschreibung der statistischen Zusatzinformationen, die im Text fett hervorgehoben sind. Nebst den quantitativen Informationen zu den Indikatoren oder Zusatzdaten geben die Texte auch Auskunft über die Relevanz und Bedeutung der statistischen Informationen im Hinblick auf das Monitoring der Ziele der SNE 2030 sowie in manchen Fällen über die Grenzen dieser Informationen. Am Ende jedes Kapitels ist eine Übersichtstabelle mit den MONET-2030-Indikatoren zum jeweiligen Ziel zu finden. Die darin verwendeten Symbole werden nachfolgend erklärt.

Die im statistischen Anhang aufgenommenen zusätzlichen Daten sind in diesen Übersichtstabellen nicht enthalten, da sie nicht mit einem Ziel der SNE 2030 verknüpft sind und es daher nicht möglich ist, die angestrebte Entwicklung zu definieren und eine Beurteilung vorzunehmen. Die Quellen der Zusatzinformationen sind am Ende des Dokuments aufgeführt.

Das Indikatorensystem MONET 2030 beruht nicht auf Kausalzusammenhängen. Folglich sind keine Rückschlüsse auf die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Indikatoren oder Zielen der SNE 2030 möglich. Es wird aber auf andere Kapitel und Ziele der SNE 2030 verwiesen, in denen wiederkehrende Themen vorkommen.

* www.statistik.ch → Statistiken finden → Nachhaltige Entwicklung → Das MONET 2030-Indikatorensystem

** www.statistik.ch → Statistiken finden → Nachhaltige Entwicklung → Das MONET 2030-Indikatorensystem → Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

*** Das Unterthema «Unternehmensverantwortung im In- und Ausland stärken» enthält ein einziges Ziel (12.6), für das es derzeit keinen Indikator gibt, und wird daher nicht behandelt.

1.3 Beurteilung der Indikatoren

Jeder Indikator des MONET 2030-Systems wird von drei Symbolen begleitet:

Angestrebte Entwicklung

Das erste Symbol zeigt die angestrebte Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele, im vorliegenden Fall im Sinne der Ziele der SNE 2030. Diese beruhen auf den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG) und wurden auf den Schweizer Kontext übertragen.

 Zunahme  Abnahme  Stabilisierung

Beobachtete Entwicklung

Das zweite Symbol veranschaulicht die beobachtete Entwicklung ausgehend von der berechneten Tendenz für den untersuchten Zeitraum, in der Regel von 2000 oder dem Datum der ersten Erhebung, falls dieses nach 2000 liegt, bis zum letzten verfügbaren Wert. Um den Einfluss bestimmter Werte des ersten oder letzten Jahres zu verringern, wird das Verhältnis zwischen dem Durchschnitt der drei letzten verfügbaren Jahre und dem Durchschnitt des ersten Jahres und seinen beiden benachbarten Werten verwendet.

 Zunahme  Abnahme  Stabilisierung

Beurteilung der beobachteten Entwicklung im Vergleich zur angestrebten Entwicklung

Das dritte Symbol fasst die ersten beiden zusammen und ermöglicht so eine Beurteilung der beobachteten Entwicklung. Diese ist positiv, wenn sie der angestrebten Entwicklung entspricht, andernfalls negativ. Die Entwicklung gilt als unverändert, wenn sie zwischen +3% und -3% liegt. Umfasst die Zeitreihe weniger als drei Erhebungen oder lässt sich keine angestrebte Entwicklung festlegen, wird keine Beurteilung vorgenommen.

 Positiv
 Negativ
 Unverändert
 Keine Beurteilung

Mit dieser Beurteilungsmethode kann lediglich bestimmt werden, ob sich ein Indikator in die angestrebte Richtung entwickelt oder nicht. Sie gibt keinen Aufschluss über die Wahrscheinlichkeit, das Ziel zu erreichen, oder über den verbleibenden Weg («distance to target»). Dies ist nur bei quantitativen und datierten Zielen möglich.

Bei den Indikatoren mit einem quantitativen und datierten Ziel entspricht die angestrebte Entwicklung dem theoretischen Weg, der zurückgelegt werden muss, um das Ziel bis zum vorgegebenen Zeitpunkt zu erreichen oder zu übertreffen. Zur Beurteilung wird die beobachtete Entwicklung auf ihre Übereinstimmung mit dem theoretischen Weg analysiert: Sie wird als positiv beurteilt, wenn sie zu mindestens 97% der angestrebten Entwicklung entspricht. Liegt sie zwischen 0% und 97%, gilt sie als unverändert, und bei unter 0% wird sie als negativ eingestuft.

Detaillierte Beschreibung der Methode zur Beurteilung der Indikatoren: [Zusammenfassung der Indikatoren](#) (BFS 2019).

Aus Gründen der einheitlichen Darstellung und aufgrund der Verwendung eines Analysezeitraums, der in der Regel im Jahr 2000 beginnt, zeigen alle Grafiken – mit wenigen Ausnahmen – den Zeitraum 2000 bis zum letzten verfügbaren Jahr. Dieser statistische Anhang entspricht, bis auf wenige Ausnahmen, dem Stand der verfügbaren Daten am 19.12.2023.

2 Monitoring der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

Jedem Unterthema der SNE 2030 ist in diesem statistischen Anhang ein Kapitel gewidmet. Die Kapitel sind in Unterkapitel gegliedert, die jeweils einem SNE-Ziel entsprechen. Die Ziele der SNE 2030 beruhen auf ausgewählten Zielen aus der Agenda 2030, die in den Schweizer Kontext übertragen wurden. Die Ziele der SNE 2030 sind in blauen Kästen hervorgehoben. Der oder die Indikatoren, die mit einem Ziel der SNE 2030 verknüpft sind, werden anhand einer Grafik veranschaulicht und ebenfalls in einer zusammenfassenden Tabelle am Ende des Kapitels dargestellt.

2.1 Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

2.1.1 Nachhaltige Konsummuster fördern und ermöglichen

Nachhaltige Produktions- und Konsummuster erfüllen Sozial- und Umweltkriterien und sind gleichzeitig wirtschaftlich. Sie ermöglichen der Gesellschaft und der Wirtschaft, ihre Bedürfnisse zu decken und sich zu entwickeln, ohne dabei die Kapazitäten der Erde zu überlasten. Die Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Unternehmen hinsichtlich der Auswirkungen ihres Konsums in der Schweiz und im Ausland auf Umwelt und Gesellschaft trägt dazu bei, ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Kaufverhalten zu fördern (12.8.). Im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung müssen zudem die Subventionen und Steuererleichterungen zur Begünstigung der Nutzung fossiler Brennstoffe, die sich negativ auf Umwelt und Gesundheit auswirken, verringert oder neu ausgerichtet werden (12.c).

ZIEL 12.8

Verantwortungsvoller Konsum

Die Menschen sind sich der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen ihres Lebensstils bewusst. Die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die privaten und öffentlichen Beschaffungsstellen haben Zugang zu den nötigen Informationen, um Kaufentscheide zu fällen, die zu einer Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen und der negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen beitragen. Die Rahmenbedingungen begünstigen derartige Entscheidungen.

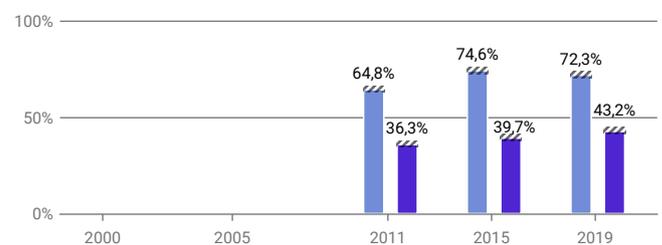
Eine Zunahme des Anteils der Bevölkerung, die gemäss eigenen Angaben beim Kauf von Elektrogeräten oder Lebensmitteln häufig oder immer ein **umweltfreundliches Verhalten** an den Tag legt, trägt zur nachhaltigen Entwicklung bei.

2019 gaben 72,3% der Bevölkerung an, beim **Kauf von kleineren Elektrogeräten oder Leuchtmitteln** immer oder fast immer auf deren Stromverbrauch zu achten. Dieser Wert liegt in derselben Grössenordnung wie bei der letzten Erhebung vor 4 Jahren. Eine signifikante Veränderung konnte zwischen 2011 und 2015 festgestellt werden, als der Anteil Personen, die beim Kauf von kleineren Elektrogeräten immer oder meistens auf deren Stromverbrauch achten, von 64,8% auf 74,6% angestiegen ist. Beim **Konsum von Lebensmitteln** setzte sich der Trend zu

Umweltrelevantes Verhalten im Alltag

Anteil der Bevölkerung, der angibt, sich immer oder meistens umweltfreundlich zu verhalten

- Achten auf Stromverbrauch beim Kauf von kleineren Elektrogeräten
- Konsum von Nahrungsmitteln aus biologischer Produktion
- ▨ Vertrauensintervall (95%)



2019: Serienbruch aufgrund eines Methodenwechsels

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Omnibus-Erhebungen 2011, 2015 & 2019

© BFS 2023

mehr Bioprodukten 2019 weiter fort: Zwar war 2019 der Anteil Personen, die von sich behaupten, Bioprodukte immer oder meistens zu kaufen, nicht signifikant grösser als 2015 (43,2% im Jahr 2019 gegenüber 39,7% im Jahr 2015), jedoch ging der Anteil derjenigen zurück, die dies selten oder nie tun (19,4% im Jahr 2019 gegenüber 25,9% im Jahr 2015¹) (→ Kapitel 2.1.3 – Ziele 2.1 und 12.2 (b)).

Eine gut informierte Bevölkerung, die sich der Auswirkungen ihres Konsumverhaltens auf die Umwelt bewusst ist, verhält sich tendenziell umweltbewusster. 2019 stuften 30% der Bevölkerung die **Abnahme der Rohstoffbestände** als sehr gefährlich für Mensch und Umwelt ein, 48% als eher gefährlich.²

Eine bedarfsgerechte Wohnung ist ein Grundrecht, das nachweislich auch Umweltauswirkungen hat, etwa in Bezug auf den Verbrauch von Bodenoberfläche, Baumaterialien oder Heizenergie. Die **durchschnittliche Wohnfläche pro Person**³ ist von 44 m² im Jahr 2000 auf 47 m² im Jahr 2022 angestiegen. Diese Entwicklung ist allerdings nicht ausschliesslich auf eine Zunahme des Komfortbedarfs zurückzuführen. Sie lässt sich auch mit der Entwicklung der Haushaltsstruktur, insbesondere einem Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgrösse, erklären.⁴

Mobilität entspricht einem Bedürfnis des Menschen und ist für eine funktionierende Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung. Sie verursacht jedoch je nach Verkehrsmittel Lärm, gesundheits-schädigende Luftschadstoffe sowie Treibhausgase. Entscheidend

für eine nachhaltige Entwicklung ist unter anderem die Wahl des Verkehrsmittels: Wenn für die Fortbewegung anstelle des Autos öffentliche Verkehrsmittel gewählt oder Distanzen im Langsamverkehr (→ Glossar) zurückgelegt werden, ist dies umweltschonender, besser für die Gesundheit und im Allgemeinen wirtschaftlich effizienter.

Im Jahr 2021, das noch immer von den Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie geprägt war, legte jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Schweiz **täglich** durchschnittlich 30 **Kilometer** im Inland zurück.⁵ Mehr als zwei Drittel (69%) der Tagesdistanz wurden 2021 mit dem Auto zurückgelegt, ein Fünftel (20%) mit dem öffentlichen Verkehr. Der Fuss- und Veloverkehr machte nur 9% der Distanzen, aber 47% der täglichen Unterwegszeit aus.

Fahrzeugen, die fehlende Kompensation im Zusammenhang mit der Förderung erneuerbarer Treibstoffe und der Rückgang des Tanktourismus. Im Gegensatz dazu sind die Rückerstattungen für Steuerbegünstigungen stabil bzw. eher zunehmend (z. B. aufgrund neuer Steuerbegünstigung für Pistenfahrzeuge).

2022 wurden steuerbegünstigten Unternehmen auf 330 771 Millionen Liter **Mineralöl die Steuern rückerstattet**,⁷ was einem Betrag von insgesamt 197,4 Millionen Franken entspricht. Davon gingen 36% an Betriebe in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Berufsfischerei sowie dem Naturwerkstein-Abbau und 57% an konzessionierte Transportunternehmungen. Die übrigen 7% entfielen unter anderem auf Treibstoff für Pistenfahrzeuge.

Steuerbegünstigungen lassen sich aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung jedoch nicht eindeutig interpretieren. Die Steuerbegünstigungen für Pistenfahrzeuge in Skigebieten können beispielsweise auch als Unterstützung für touristische Aktivitäten in Randgebieten betrachtet werden, obschon der Einsatz solcher Fahrzeuge erwiesenermassen die Umwelt belastet.

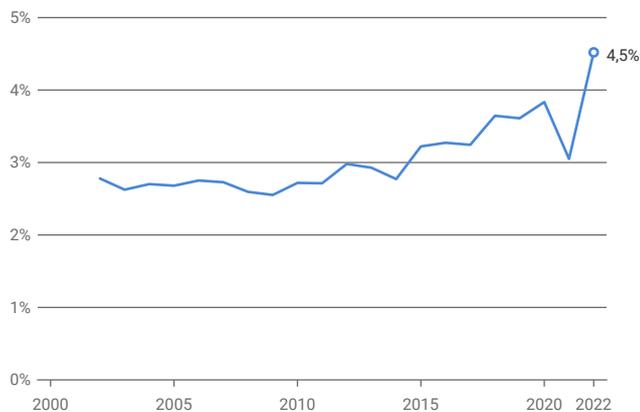
Die Mineralölsteuer betrifft nicht nur Landfahrzeuge, sondern auch den Luftverkehr. Ein Teil der Einnahmen aus dieser Steuer auf Flugtreibstoff wird für Massnahmen zur Verringerung der Umweltauswirkungen der Zivilluftfahrt eingesetzt.⁸ Allerdings können gemäss internationalen Abkommen und der Mineralölsteuerverordnung (MinöStV) Treibstoffe, die für die **Versorgung von Luftfahrzeugen für Flüge ins Ausland** verwendet werden, steuerbefreit werden.⁹ 2022 wurden 1,7 Milliarden Liter Treibstoff für Flugzeuge von der Mineralölsteuer befreit (Befreiung bei der Lieferung).¹⁰ Dies entspricht 94,7% der gesamten Lieferungen für Flugtreibstoff.

ZIEL 12.c

Finanzielle Anreize betreffend fossile Energien
Negative Umweltauswirkungen von bestehenden finanziellen Anreizen für die Verwendung fossiler Energieträger werden aufgezeigt und es wird auf deren Vermeidung hingewirkt.

Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer

Anteil der Rückerstattungen am Mineralölsteuernettoertrag



Datenstand: 19.12.2023
 Quelle: Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) © BFS 2023

Finanzielle Anreize wie Subventionen können negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dazu gehören die **Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer**, die bestimmten Unternehmen aufgrund ihrer Aktivitäten rückerstattet werden. Solche Steuerbegünstigungen erhalten beispielsweise Landwirtschafts-, Forst- und Fischereibetriebe, Pistenfahrzeughaltende sowie konzessionierte öffentliche Transportunternehmungen. Von 2002 bis 2022 ist der Anteil der Rückerstattungen von 2,8% auf 4,5% gestiegen.

Die **Nettoeinnahmen aus der Mineralölsteuer** sind zwischen 2002 und 2022 von 4,8 auf 4,4 Milliarden Franken gesunken.⁶ Gründe dafür sind insbesondere: Der Einsatz von effizienteren

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

12.8	Umweltrelevantes Verhalten im Alltag		<input type="checkbox"/>
12.c	Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer		<input type="checkbox"/>

2.1.2 Wohlstand und Wohlergehen unter Schonung der natürlichen Ressourcen sichern

Im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung muss das Wirtschaftssystem die Bedürfnisse der Einzelpersonen und der Gesellschaft konkret und effizient erfüllen und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schonen. Dazu gewährleisten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Wohlstand und begünstigen die Innovation (8.2). Die Wirtschaft muss effiziente Produktions- und Konsumprozesse fördern, damit Unternehmen und Einzelpersonen Vorteile aus der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ziehen können (8.4, 12.2 (a)) und schädlichen Auswirkungen von Abfällen oder Substanzen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt vorgebeugt wird (12.4).

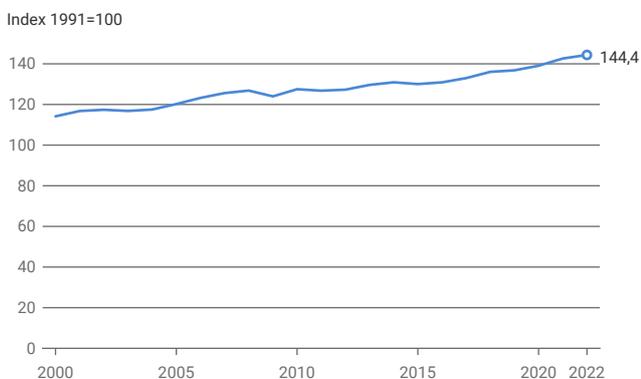
ZIEL 8.2

Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft

Die wettbewerbs- und innovationsfördernden Rahmenbedingungen sowie die Produktivität für eine nachhaltige Wirtschaft werden erhalten und weiter gefördert.

Arbeitsproduktivität

Entwicklung der Produktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden. Zu Preisen des Vorjahres



2021 und 2022: provisorisch

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

© BFS 2023

Die **Arbeitsproduktivität** drückt das Verhältnis zwischen der Bruttowertschöpfung und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden aus. Sie misst die Effizienz, mit der die Arbeitskräfte im Produktionsprozess eingesetzt werden. Wenn ein Land seine Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich steigert, erhöht sich dessen Wettbewerbsfähigkeit, was in der Regel dazu führt, dass Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität ist über den Zeitraum von 2000 bis 2022 real durchschnittlich um 1% pro Jahr gestiegen. Wenn die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht von einem entsprechenden Wirtschaftswachstum begleitet wird, kann dies

auch zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens führen (so genannte schlanke Produktion). Sinkendes Arbeitsvolumen führt zu einem Rückgang der Beschäftigung, es sei denn, die Produktivitätsfortschritte werden in Form von Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben.

In einem durch zunehmende Globalisierung geprägten Kontext muss die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, um ihren Wohlstand langfristig sichern zu können. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist ein innovationsfreundliches Umfeld. Dieses zeichnet sich beispielsweise durch international vernetzte Bildungsinstitutionen, eine angemessene Forschungsfinanzierung und ein hochentwickeltes Humankapital aus. 2022 platzierte sich die Schweiz beim **Syntheseindex der Innovation** an erster Stelle, vor allen EU-Ländern und berücksichtigten Drittstaaten.¹¹ Der Index enthält Informationen zur Innovationstätigkeit von Firmen, den dafür notwendigen Voraussetzungen sowie den wirtschaftlichen Auswirkungen. Innerhalb der EU weist Dänemark den höchsten Wert auf, gefolgt von Schweden, Finnland und den Niederlanden.

Die Regulierungen der Produktmärkte, wie zum Beispiel die Strommarktregulierung, das Lebensmittelrecht oder Zulassungsvorschriften für Produkte, sind Teil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Der **Index der Produktmarktregulierung**¹² besteht aus einem Set von Indikatoren, welche den Grad messen, inwieweit Regulierungen den Wettbewerb im Produktmarkt fördern oder behindern. Ein tiefer Index bedeutet, dass Regulierungen der Produktmärkte eines Landes wettbewerbsfreundlich ausgestaltet sind. Nachdem der Index der Produktmarktregulierung im Vergleich mit den Erhebungen von 1998 und 2003 gesunken war, blieb er seit der Erhebung 2008 praktisch konstant. Der Indexwert betrug 2018 für die Schweiz 1,53 Punkte. Im Vergleich mit der EU und der OECD hat die Schweiz zudem eine hohe Produktmarktregulierung in den Sektoren Telekommunikation, Verkehr und Energie, welchen ein flächendeckendes Infrastrukturnetz zugrunde liegt oder aus historischen Gründen in den Händen von Kantonen, Gemeinden oder des Bundes sind.

Eine niedrige Steuerbelastung trägt zur Standortattraktivität bei und ist daher aus wirtschaftlicher Sicht erwünscht. Die Standortqualität hängt allerdings von vielen Faktoren ab, so auch von den rechtlichen Rahmenbedingungen, vom sozialen Frieden und von der Qualifikation potentieller Arbeitskräfte. Die **Fiskalquote**¹³ ist die Summe aller Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie für öffentlichen Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen. Die Quote ist somit ein Mass für die aggregierte Belastung durch Fiskalabgaben. Die Fiskalquote stieg im Verlauf der 90er-Jahre an und oszillierte zwischen 2001 und 2014 um die 26% und nimmt seither tendenziell zu. 2022 war die Fiskalquote jedoch mit 27,0% des Bruttoinlandprodukts (BIP) 1,1 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr. Im internationalen Vergleich fällt die Fiskalquote der Schweiz tief aus. Im Vergleich mit OECD-Ländern, welche sich auf einem ähnlichen Entwicklungsstand befinden wie die Schweiz, wiesen 2020 Irland und die USA eine tiefere Fiskalquote aus.

¹¹ Bei internationalen Vergleichen ist darauf zu achten, dass die Beiträge im Bereich der beruflichen Vorsorge (Pensionskassenbeiträge) und die Prämien für die in der Schweiz obligatorische Krankenversicherung nicht berücksichtigt werden. Diese Abgaben werden in vielen Staaten über das Steuersystem finanziert.

Anhand der **Neugründungen von Unternehmen**¹⁴ lässt sich das Wachstum einer Volkswirtschaft veranschaulichen. 2021 wurden in der Schweiz 43 037 Unternehmen «ex nihilo» gegründet (ohne Fusionen, Übernahmen, Spaltungen oder Restrukturierungen hervorgegangene Unternehmen). Dadurch entstanden 59 559 neue Stellen. Wie in den Vorjahren waren die neu gegründeten Unternehmen und die neu geschaffenen Stellen mehrheitlich (87,0% bzw. 84,9%) im Tertiärsektor angesiedelt.

ZIEL 8.4

Effiziente Produktionsprozesse und Kreislaufwirtschaft

Unternehmen nutzen ressourceneffiziente und -schonende sowie in Kreisläufen funktionierende Ansätze zur optimalen Gestaltung ihrer Beschaffungs- und Produktionsprozesse, Produkte und Geschäftsmodelle.

Im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung sollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Unternehmen und Einzelpersonen dazu bewegen, die Ressourcen effizient zu nutzen. **Umweltbezogene Abgaben**¹⁵ sind Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die Güter, Dienstleistungen und Aktivitäten verteuern, die nachweislich negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, und dadurch deren Nutzung verringern sollen. 2022 beliefen sich die Einnahmen aus umweltbezogenen Abgaben auf 16,2 Milliarden Franken. Sie setzten sich zu 62% aus Steuern, 30% aus Gebühren, 7% aus Mischformen und zu weniger als 1% aus freiwilligen Lösungen. Die umweltbezogenen Abgaben im engeren Sinne, die explizit auf den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen ausgerichtet sind, betragen 2,6 Milliarden Franken, was 16% der Gesamteinnahmen entspricht. Es handelt sich dabei um bestimmte Steuern wie die Abgabe zur Sanierung von Altlasten oder die CO₂-Abgabe, jedoch auch um Gebühren wie diejenigen für Abwasser- oder Abfallbehandlung. Hinzu kommen Mischformen (d. h. Zahlungen, die nicht klar den Steuern oder den Gebühren zugeordnet werden können oder die vom Staat vorgeschrieben und von einer privaten Organisation erhoben werden) wie die lärm- oder schadstoffabhängigen Landetaxen, sowie freiwillige private Lösungen wie vorgezogene Entsorgungsgebühr für PET-Flaschen.

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zielen darauf ab, durch die Verringerung von Ressourceneinsatz, Umweltbelastung und Verschmutzung während des gesamten Lebenszyklus die sozioökonomischen Nettogewinne der Wirtschaftsaktivitäten zu steigern.

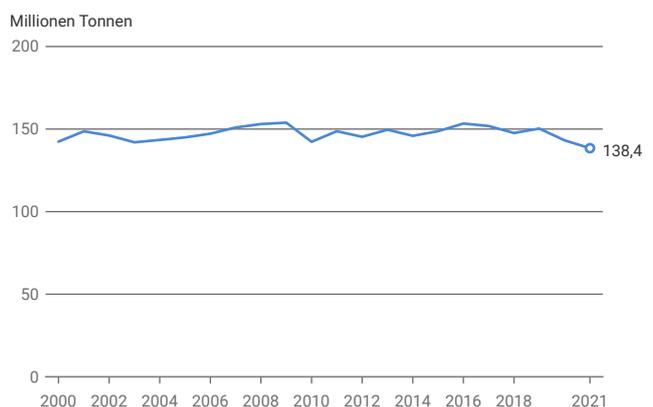
Aus der Umwelt gewonnene Rohstoffe werden verarbeitet und anschliessend von der Gesellschaft genutzt. Manchmal werden sie jahrelang in Form von Gebäuden oder Infrastruktur gebunden, manchmal recycelt, bevor sie früher oder später wieder als Emissionen in die Umwelt abgegeben oder in Deponien gelagert werden. In einer Kreislaufwirtschaft werden Materialien möglichst lange in Umlauf gehalten und Rohstoffverbrauch, Abfälle sowie andere Emissionen auf diese Weise minimiert. Seit 2000 ist die **Kreislauf-Materialnutzungsquote**¹⁶ stetig angestiegen und belief

sich im Jahr 2021 auf rund 14%. Mit 70% machten Mineralien den höchsten Anteil am rückgewonnenen Material aus. 17% entfielen auf Biomasse, 11% auf Metalle und 2% auf fossile Energieträger.

Selbst wenn sämtliche Abfälle wiederverwertet werden könnten, würde damit lediglich etwa ein Fünftel des aktuellen Materialbedarfs gedeckt. Anders ausgedrückt können die Sekundärrohstoffe (Recycling) die Rohstoffflüsse nur bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Solange die Materialnachfrage für die Produktion von Gütern, Gebäuden und Infrastrukturen die Menge an verfügbaren Recyclingmaterialien übersteigt, wird es notwendig sein, natürliche Ressourcen zu gewinnen. Die Kreislauf-Materialnutzungsquote lässt sich jedoch auch mit anderen Mitteln steigern als mit einer Erhöhung der Sammelquoten. Potenziell könnte auch der absolute Materialverbrauch verringert werden, indem beispielsweise fossile Energieträger mit erneuerbaren Energien ersetzt werden (Sonne, Wasser, Wind) oder die Produktlebensdauer verlängert wird.

Material-Fussabdruck

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC)



2021: provisorisch

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

© BFS 2023

Die nachhaltige Entwicklung macht an der Grenze nicht Halt. In der globalisierten Welt haben unser Produktions- und Konsumverhalten sowie unsere Entscheide einen Einfluss auf andere Länder. Diese Auswirkungen werden auch «Spillover-Effekte» genannt.

Der **Material-Fussabdruck**, auch inländischer Rohstoffverbrauch (Raw Material Consumption, RMC) genannt, berücksichtigt nebst den in der Schweiz gewonnen Rohstoffen auch die Menge aller Rohstoffe, die im Ausland für die Herstellung und den Transport der in der Schweiz verbrauchten oder genutzten Güter und Dienstleistungen verwendet werden. Der RMC der Schweiz wurde 2021 auf 138,4 Millionen Tonnen geschätzt und hat seit 2000 um 4,0 Millionen Tonnen abgenommen.

2021 machten Mineralien (Sand und Kies, namentlich als Baustoffe) 51% des Materialfussabdrucks aus. Die Anteile der übrigen Materialien beliefen sich auf 14% für Biomasse, 15% für Metalle und 20% für fossile Energieträger. Im Schnitt machten die in den letzten 20 Jahren in der Schweiz gewonnenen und verbrauchten Rohstoffe 41% des Material- Fussabdrucks aus.¹⁷

Die **Materialintensität**¹⁸ entspricht dem Verhältnis zwischen dem Material-Fussabdruck und dem Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Materialintensität zeigt also die Rohstoffmenge, die im In- und Ausland pro volkswirtschaftlich erwirtschaftetem Franken verbraucht wird. Die Herausforderung besteht aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung darin, Wohlstand und Wohlergehen zu sichern und gleichzeitig den Materialverbrauch zu senken. 2021 betrug die Materialintensität 200 Gramm pro erwirtschaftetem Franken, mit einer Abnahme von 26% seit 2000. In diesem Zeitraum wuchs das reale BIP um 44%, während der inländische Rohstoffverbrauch, d. h. der Material-Fussabdruck, wie erwähnt um 1,2% abnahm. Somit fand eine absolute Entkopplung zwischen Materialverbrauch und Wirtschaftswachstum statt.

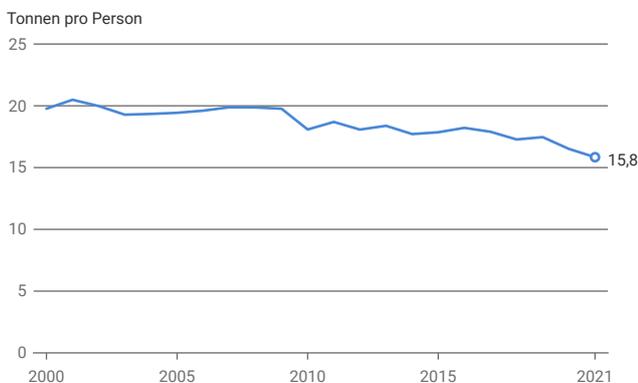
ZIEL 12.2 (a)

Nutzung natürlicher Ressourcen

Die Übernutzung von natürlichen Ressourcen in der Schweiz und im Ausland wird vermieden. Die Auswirkungen des Konsums und der Produktion auf die Umwelt werden deutlich gesenkt. Der Material-Fussabdruck pro Person sinkt deutlich und im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel des Klimaübereinkommens von Paris.

Material-Fussabdruck pro Person

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) pro Person¹



¹Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende
2021: provisorisch

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, ESPOP, STATPOP © BFS 2023

Je mehr Materialien produziert und gehandelt werden, desto grösser ist im Allgemeinen der Druck auf die natürlichen Ressourcen.

Der **Material-Fussabdruck pro Person (RMC)** misst den durchschnittlichen inländischen Pro-Kopf-Verbrauch an Rohstoffen. Er hat von 2000 bis 2021 um rund 3,9 Tonnen abgenommen (-17,3%) und lag 2021 bei 15,8 Tonnen pro Person. Der Rückgang des Material-Fussabdrucks pro Person erklärt sich dadurch, dass die Bevölkerung seit 2000 zugenommen hat, während der

absoluten Material-Fussabdruck im beobachteten Zeitraum um 1,2% zurückgegangen ist. Es ergab sich eine absolute Entkopplung zwischen Material-Fussabdruck und Bevölkerungswachstum.

Mit dem **Treibhausgas-Fussabdruck**¹⁹ werden die Treibhausgasemissionen ermittelt, die durch die inländische Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gesamthaft, im In- und Ausland, entstehen. 2021 belief sich der Treibhausgas-Fussabdruck der Schweiz auf etwa 112 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, wobei 67% davon im Ausland emittiert wurden. Zwischen 2000 und 2021 hat der Treibhausgas-Fussabdruck insgesamt um 9% abgenommen.

Der **Treibhausgas-Fussabdruck pro Person** sank zwischen 2000 und 2021 um 25% von 17 Tonnen auf knapp 13 Tonnen CO₂-Äquivalente. Da die Bevölkerung im selben Zeitraum um 21% zugenommen hat, kam es zwischen der Entwicklung des absoluten Treibhausgas-Fussabdrucks und dem Bevölkerungswachstum zu einer absoluten Entkopplung (→ Kapitel 2.1.3; Ziel 12.2 (b)).

Durch Verminderung oder Vermeidung von Abfällen können der Ressourcenverbrauch eingeschränkt und die Umweltbelastung durch die Abfallbehandlung verringert werden. 2021 betrug die **Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle** (einschliesslich der separat gesammelten Abfälle) in der Schweiz 6,1 Millionen Tonnen. Die Menge der Siedlungsabfälle hat seit 2000 um 30% zugenommen. Verglichen mit der Bevölkerungszunahme von 21% im selben Zeitraum, ist daher eine überproportionale Zunahme der Abfallmenge festzustellen. Die Siedlungsabfälle pro Person erreichten im Jahr 2021 fast 698 kg (+6% seit 2000).

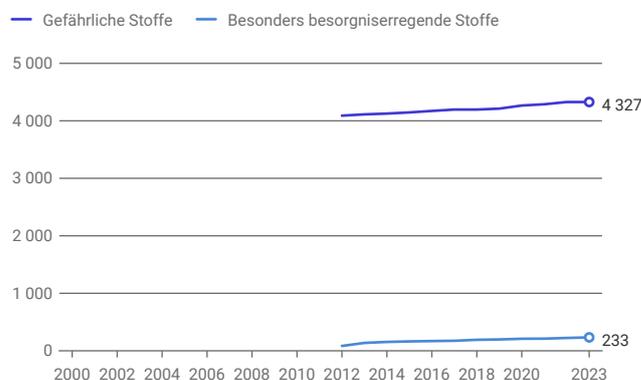
ZIEL 12.4

Chemikalien

Bei Chemikalien wird konsequent darauf geachtet, dass diese während ihres gesamten Lebenszyklus keine inakzeptablen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit von Menschen haben.

Gefährliche Chemikalien

Anzahl der in der Chemikalienverordnung gelisteter Stoffe (kumulierte Einträge)



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAG

© BFS 2023

2023 wurden im Sinne der Chemikalienverordnung 4327 **Substanzen als gefährlich** und 233 als **besonders besorgniserregend** für Mensch und Umwelt eingestuft. Im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung ist eine Zunahme der gelisteten gefährlichen und besonders besorgniserregenden Stoffe positiv zu bewerten. Denn die Kenntnis über solche Stoffe ist Voraussetzung, um Massnahmen zur Risikominderung ergreifen zu können. Längerfristig ist jedoch eine Stabilisierung anzustreben, indem Chemikalien entwickelt werden die keine solche gefährlichen Eigenschaften haben.

Menschliche Aktivitäten verursachen Abfälle und andere Emissionen, die in Luft, Boden oder Gewässer gelangen. Je höher dabei der Ausstoss, desto grösser die Auswirkungen auf die Umwelt. Bestimmte Abfälle erfordern bei der Entsorgung aufgrund ihrer Zusammensetzung und Eigenschaften besondere technische und organisatorische Massnahmen und werden als **Sonderabfälle**²⁰ definiert. Von den rund 556 200 Tonnen Sonderabfällen chemischer Herkunft, die 2021 in der Schweiz entstanden, wurden 73% im Inland verwertet, behandelt, verbrannt oder deponiert, 27% wurden zur Behandlung exportiert.²¹

Die Verbrennungsprozesse bestimmter Industriebetriebe können **Benzolemissionen**²² in die Luft freisetzen. Benzol kann schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. 2021 setzten die meldepflichtigen Betriebe rund 21,3 Tonnen Benzol in die Luft frei. Dieses Volumen ist in den letzten fünf Jahren weitgehend unverändert geblieben, hat aber seit 2007 um mehr als die Hälfte abgenommen.

Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW) sind synthetische Chemikalien, die heute in etlichen Bereichen Anwendung finden, so zum Beispiel in Kältemitteln oder in Schaumstoffen. Sie tragen als Gase mit hohem Treibhauspotenzial stark zur Klimaerwärmung bei. Der **Verbrauch von Fluorkohlenwasserstoffen** belief sich 2021²³ auf nahezu 1,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Dies entspricht im Vergleich zu 2010 einem Rückgang um 37%.

2.1.3 Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben

Die Landwirtschaft sollte alle mit genügend Nahrung versorgen, ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten und dabei gleichzeitig die ländliche Entwicklung und den Umweltschutz fördern (2.4). Mehr als ein Drittel der Gesamtfläche der Schweiz wird landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft ist demnach ein wichtiger Einflussfaktor des Menschen auf die Umwelt. Nahezu die Hälfte der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel ist importiert. Dazu kommen grosse Mengen an Futter, Düngern und anderen Produktionsmitteln. Die Herstellung und der Transport dieser Produkte haben folglich Auswirkungen im Ausland (12.2 (b)). Die Art und Weise, wie wir uns ernähren und Lebensmittel produzieren, kann bedeutende Folgen für Gesundheit und Umwelt haben (2.1) und beeinflusst die Einrichtung von effizienten, belastbaren und nachhaltigen Ernährungssystemen, die auch zur Verringerung der Lebensmittelverluste beitragen (12.3).

ZIEL 2.4

Nachhaltige Landwirtschaft

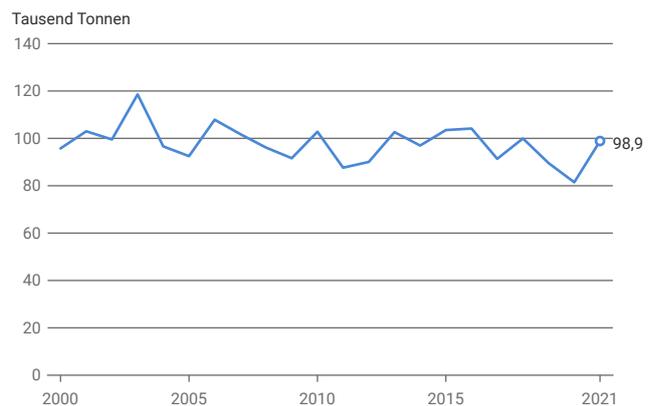
Der Anteil der Landwirtschaftsbetriebe, die unter Verwendung spezifischer öffentlich-rechtlicher und privater Nachhaltigkeitsprogramme besonders umwelt- und tierfreundlich produzieren, wächst im Vergleich zu 2020 um einen Drittel.

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

8.2	Arbeitsproduktivität	↗	↗	■
8.4	Material-Fussabdruck	↘	→	■
12.2 (a)	Material-Fussabdruck pro Person	↘	↘	■
12.4	Gefährliche Chemikalien	↗	↗	■

Stickstoffbilanz der Landwirtschaft

Differenz zwischen der zugeführten und entzogenen Stickstoffmenge der Landwirtschaftsflächen



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Stickstoffbilanz

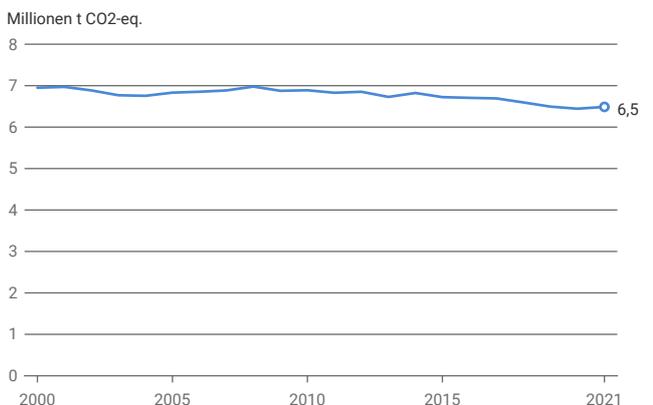
© BFS 2023

Die landwirtschaftliche Produktion besteht aus Lebenszyklen von Pflanzen und Tieren, bei denen die beiden Nährstoffe Stickstoff und Phosphor zentral sind. Sie bestimmen weitgehend den erzielbaren Pflanzenertrag. Mit Dünger und Kraftfutter bringt der

Mensch zusätzliche Nährstoffe in den natürlichen Kreislauf ein. Die **Stickstoffbilanz der Landwirtschaft** zeigt die Differenz zwischen der Stickstoffmenge, die dem Boden hauptsächlich in Form von Dünger zugeführt wird, und der Menge, die ihm in Form von landwirtschaftlichen Produkten wieder entzogen wird. Ein Stickstoffüberschuss ist eine Quelle für Luft- und Gewässerverschmutzung. Der jährliche Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft schwankte von 2000 bis 2021 um den Wert von 100 000 Tonnen herum, mit einer sinkenden Tendenz.

Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft

Methan-, Kohlendioxid- und Lachgasemissionen aus der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz



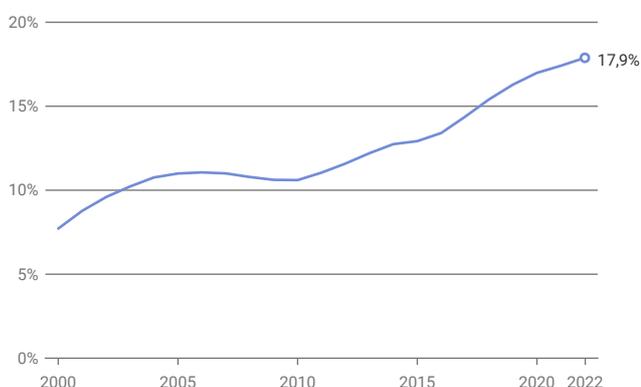
Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAFU

© BFS 2023

Die Landwirtschaft verursacht durch die Haltung von Nutztieren, den Einsatz von Düngemitteln und den Energieverbrauch Treibhausgasemissionen. 2021 betrug die **Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft** 6,5 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Seit 2000 konnte eine Abnahme um 7,1% beobachtet werden (→ Kapitel 2.2.1 – Ziel 13.2).

Biologische Landwirtschaft

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Landwirtschaftliche Strukturerhebung

© BFS 2023

Bei der **biologischen Landwirtschaft** gemäss Bio-Verordnung handelt es sich um eine möglichst umwelt- und naturschonende sowie tierfreundliche Produktionsform. Die biologische Landwirtschaft produziert so weit als möglich in geschlossenen Kreisläufen mit umweltverträglichen Methoden, insbesondere ohne chemisch-synthetische Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie ohne gentechnisch veränderte Organismen. Der **Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der biologisch bewirtschaftet wird**, betrug 17,9% im Jahr 2022. Dieser Anteil hat sich seit 2000 verdoppelt. Die biologische Landwirtschaft dient hier aufgrund der guten Qualität und Verfügbarkeit der Daten aktuell als Vertreterin für mehrere öffentlich-rechtliche und private Nachhaltigkeitsprogramme.

Zur Verringerung der Umweltbelastung durch die landwirtschaftliche Produktion kommen **verschiedene Produktionsformen zur Anwendung, die vom Bund finanziell über das System der Direktzahlungen unterstützt werden**.²⁴ Dazu gehört der biologische Landbau, bei dem auf die Verwendung von chemisch-synthetischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln verzichtet wird. Im Jahr 2022 wurde eine Fläche von 180 556 ha biologisch bewirtschaftet, wofür der Bund 69 Mio. Franken entrichtete. Eine weitere Produktionsform, die zur Schonung der Umwelt dient, ist der extensive Ackerbau mit stark reduziertem Pflanzenschutzmitteleinsatz. Diese Anbauform für Getreide, Sonnenblumen, Eiweisserbsen, Ackerbohnen, Lupinen und Raps wurde 2022 auf einer Fläche von 90 014 ha betrieben und vom Bund mit Beiträgen in der Höhe von 37 Mio. Franken unterstützt. Daneben wird auch die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion gefördert, in deren Zentrum eine kraftfutterarme Ernährung der Tiere steht. Für eine Produktionsfläche von 564 753 ha wurden hier Beiträge in der Höhe von 111 Mio. Franken gesprochen (→ Kapitel 2.2.3 –Ziel 15.a).

Die landwirtschaftlichen Produktionsverfahren haben einen Einfluss auf die Ökosysteme und die Biodiversität. Die **Artenvielfalt in den landwirtschaftlichen Zonen** gibt Auskunft über den Zustand der Biodiversität auf dem Kulturland insgesamt sowie über die Effizienz der Biodiversitätsförderflächen.²⁵ Die Artenvielfalt wird für Pflanzen, Tagfalter und Brutvögel auf verschiedenen räumlichen Ebenen separat berechnet.

Tendenziell ist bei den Pflanzen und Tagfaltern in landwirtschaftlichen Zonen eine geringere Diversität (weniger Arten) festzustellen, insbesondere im Mittelland, wo verstärkt intensive Landwirtschaft betrieben wird. Umgekehrt scheinen die Landwirtschaftsflächen wichtige Ressourcen für eine grosse Vielfalt an Brutvögeln zu bieten.

Pflanzenschutzmittel werden zum Schutz von Kulturen oder Erzeugnissen eingesetzt. Ihre Verwendung ist reglementiert, da sie schädliche Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt haben können.²⁶ Sie können im Boden gespeichert, in der Nahrungskette angereichert oder ins Grundwasser ausgewaschen werden und so das ökologische Gleichgewicht stören. Im Jahr 2022 wurden 2202 Tonnen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe verkauft, das sind 57 Tonnen weniger als im Jahr 2021. Den höchsten Anteil wiesen mit 47,4% die Fungizide auf, gefolgt von den Herbiziden mit 23,5% und den Insektiziden mit 22,2%.

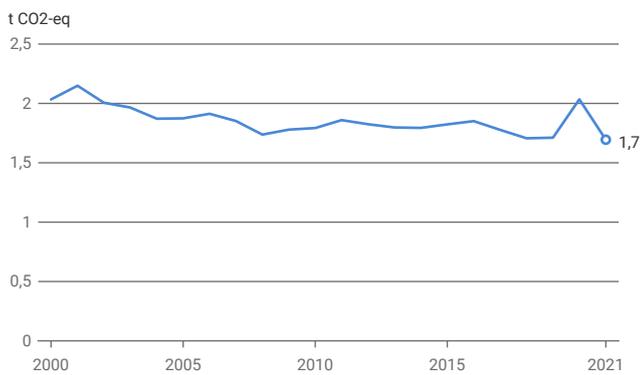
ZIEL 12.2 (b)

Klimaschonende Ernährung

Der Treibhausgas-Fussabdruck der Endnachfrage nach Nahrungsmitteln pro Person auf Basis der Umweltgesamtrechnung sinkt im Vergleich zu 2020 um einen Viertel.

Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Person

Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Lebensmitteln in der Schweiz verursacht werden



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung © BFS 2023

Mit dem Treibhausgas-Fussabdruck werden die Treibhausgasemissionen ermittelt, die durch die Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz gesamthaft entstehen. Das bedeutet, dass die in den importierten Gütern und Dienstleistungen «versteckten» Emissionen ebenfalls berücksichtigt sind. Im Jahr 2021 war die **Ernährung** für etwa ein Fünftel des **Treibhausgas-Fussabdrucks** der Haushalte verantwortlich. Fast zwei Drittel dieses Anteils wurden im Ausland erzeugt (63%). Seit 2000 ist der Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Kopf um 12,1% zurückgegangen und betrug 1,7 Tonnen CO₂-Äquivalente im Jahr 2021. In dieser Zeitspanne erfolgte eine relative Entkoppelung zwischen der Entwicklung des absoluten Treibhausgas-Fussabdrucks der Ernährung (+1,1%) und dem Bevölkerungswachstum (+21%; → Kapitel 2.1.2, Ziel 12.2 (b) und Kapitel 2.2.1, Ziel 13.3).

2021 konsumierte die Schweizer Bevölkerung 7,4 Millionen Tonnen Lebensmittel, das sind 844 kg pro Person.²⁷ Täglich wurden pro Kopf 1,45 kg pflanzliche und 0,86 kg **tierische Lebensmittel** (Fleisch, Eier, Milchprodukte) konsumiert.²⁸ Die täglich konsumierten Proteine pro Kopf setzen sich aus 40,9 Gramm pflanzlichen und 58,8 Gramm tierischen Proteinen zusammen. Diese Verteilung hat sich seit 2000 nicht signifikant verändert. (→ Ziel 2.1 im gleichen Kapitel).

Eine von tierischen Lebensmitteln geprägte Ernährung hat grössere Umweltauswirkungen als eine pflanzenbasierte, insbesondere aufgrund des höheren Verbrauchs an natürlichen Ressourcen wie Wasser oder Boden sowie der höheren Emissionen.

2021 war mehr als die Hälfte der **Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft** auf die **Tierhaltung** zurückzuführen.²⁹ Von den drei Treibhausgasen Kohlendioxid, Methan und Lachgas machte das Methan mehr als die Hälfte aus. Dieses entsteht insbesondere bei der Viehhaltung, indem Wiederkäuer beim Verdauen Methan freisetzen.

Zur Deckung des Lebensmittelbedarfs ist die Schweiz teilweise auf das Ausland angewiesen. Ab 1990 deckte die einheimische Produktion im Durchschnitt mehr als 60% des Nahrungsmittelverbrauchs ab (gemessen in verwertbarer Energie). Seit 2015 nimmt der Brutto-Selbstversorgungsgrad tendenziell ab und belief sich im Jahr 2021 auf 52%.³⁰ Der Netto-Selbstversorgungsgrad, der ausschliesslich die mit einheimischen Futtermitteln produzierten Nahrungsmittel berücksichtigt, betrug 45%. Der Abwärtstrend bei der Selbstversorgung ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung schneller gewachsen ist als die Nahrungsmittelproduktion. Die Unterschiede von Jahr zu Jahr sind den witterungsbedingten Schwankungen in der landwirtschaftlichen Produktion zuzuschreiben. Der **Brutto-Selbstversorgungsgrad** der tierischen Produktion lag bei 96%. Beim Pflanzenbau bewegte er sich hingegen bei 33%.

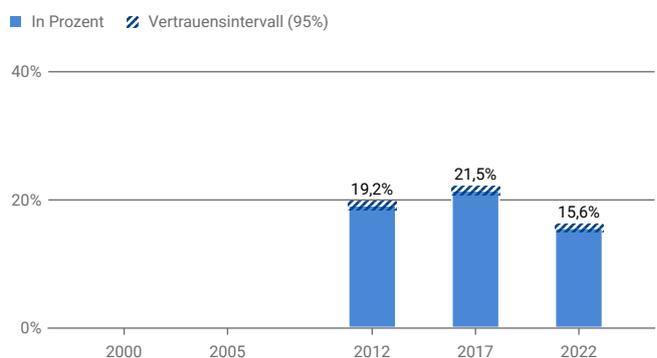
ZIEL 2.1

Gesunde und nachhaltige Ernährung

Der Anteil der Bevölkerung, der sich entsprechend den Ernährungsempfehlungen der Schweizer Lebensmittelpyramide gesund, ausgewogen und nachhaltig ernährt, steigt auf einen Drittel.

Früchte- und Gemüsekonsum

Anteil der Bevölkerung, der mindestens fünf Portionen Früchte und Gemüse pro Tag konsumiert (an mindestens fünf Tagen pro Woche)



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB) © BFS 2023

Früchte und Gemüse sind ein wichtiger Bestandteil einer gesunden Ernährung, die einem Grundbedürfnis entspricht und die Gesundheit bekanntermassen beeinflusst. 2022 konsumierten 15,6% der Bevölkerung an mindestens fünf Tagen pro Woche mindestens **fünf Portionen Früchte und Gemüse** pro Tag. 2012 lag der Bevölkerungsanteil mit diesem Früchte- und Gemüsekonsum noch bei 19,2%. Etwa doppelt so viele Frauen wie Männer ernähren sich auf diese Art. Die fünf Portionen Früchte und Gemüse entsprechen den Ernährungsempfehlungen der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung, welche einen täglichen Konsum von drei Portionen Gemüse und zwei Portionen Früchte empfiehlt. Pflanzenbasierte Nahrungsmittel belasten zudem die Umwelt in der Produktion weniger als tierische Nahrungsmittel (→ Ziel 12.2 (b) im gleichen Kapitel).

Die Betrachtung der **gesundheitsrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen** zeigt, dass im Jahr 2017 insgesamt 68,2% der Bevölkerung auf ihre Ernährung achteten. Dieser Anteil war bei den Frauen höher als bei den Männern (73,4% gegenüber 62,8%).³¹ Mit steigendem Bildungsniveau wird vermehrt auf die Ernährung geachtet: 61,3% der Personen ohne nachobligatorische Ausbildung, 69,2% der Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II und 75% der Personen mit einem Tertiärabschluss ernähren sich bewusst.

Von **Übergewicht** wird gesprochen, wenn ein Body Mass Index (BMI) von 25 oder mehr vorliegt. Übergewicht wird von zwei wichtigen Faktoren beeinflusst: Bewegung und Ernährungsgewohnheiten. Übergewicht und insbesondere Adipositas sind Risikofaktoren für zahlreiche Krankheiten. Sie erhöhen beispielsweise das Risiko für Herz-Kreislauf- oder Stoffwechselerkrankungen z. B. Diabetes Typ 2. Übergewichtige Kinder und Jugendliche leiden unter Umständen ihr ganzes Leben lang unter den Folgen. 2022 waren 43,0% der Bevölkerung ab 15 Jahren übergewichtig oder adipös, was im Vergleich zu 2002 einer Zunahme um 15,5% entspricht. Eine schwere Form von Übergewicht ist Adipositas (BMI von 30 oder mehr).³² 2022 waren 12,1% der Bevölkerung ab 15 Jahren davon betroffen. Seit 2002 hat dieser Anteil um 4,5 Prozentpunkte zugenommen. Frauen (33,8%) waren 2022 weniger von Übergewicht und Adipositas betroffen als Männer (52,3%). Seit 2002 war bei den Frauen eine Zunahme um 4,5 und bei den Männern um 6,7 Prozentpunkte zu verzeichnen.³³ Diese Unterschiede sind weniger ausgeprägt, wenn nur Adipositas betrachtet wird. 2022 waren 11,0% der Frauen und 13,2% der Männer von Adipositas betroffen, was einer Zunahme um 3,6 beziehungsweise 5,3 Prozentpunkten seit 2002 entspricht.

ZIEL 12.3

Lebensmittelverluste

Die vermeidbaren Lebensmittelverluste pro Kopf werden im Vergleich zu 2017 halbiert.

Derzeit liegen keine Daten zur Lebensmittelverschwendung vor, die den Kriterien der öffentlichen Statistik entsprechen.

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

2.4	Stickstoffbilanz der Landwirtschaft	↙	↘	■
	Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft	↙	↘	■
	Biologische Landwirtschaft	↗	↖	■
12.2 (b)	Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Person	↙	↘	■
2.1	Früchte- und Gemüsekonsum	↗	↘	■

2.1.4 Unternehmensverantwortung im In- und Ausland stärken

ZIEL 12.6

Verantwortungsvolle Unternehmensführung

Die in der Schweiz domizilierten und/oder aktiven Unternehmen führen ihre Geschäftstätigkeit im In- und Ausland verantwortungsvoll aus, namentlich was die Arbeitsbedingungen, die Menschenrechte und die Umwelt angeht.

Derzeit liegen keine Daten zur verantwortungsvollen Unternehmensführung vor, die den Kriterien der öffentlichen Statistik entsprechen.

2.2 Klima, Energie und Biodiversität

2.2.1 Treibhausgasemissionen reduzieren und klimabedingte Auswirkungen bewältigen

Der Klimawandel wird beschleunigt durch den Ausstoss von Treibhausgasen (13.2). Dadurch erhöhen sich Risiken, die Mensch und Umwelt bedrohen können (13.1). Zum Schutz vor diesen Risiken können Massnahmen ergriffen werden, um die Anpassung an den Klimawandel zu fördern und seine Folgen zu lindern (11.b). Darüber hinaus spielen auch menschliche Verhaltensweisen und das Bewusstsein für Naturgefahren eine Rolle im Umgang mit klimabedingten Veränderungen und den Herausforderungen, die sich damit stellen (13.3).

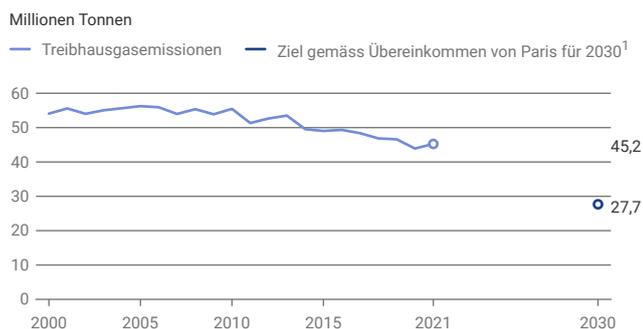
ZIEL 13.2

Treibhausgasemissionen

Die Treibhausgasemissionen sind gegenüber 1990 um mindestens 50% gesenkt. Spätestens bis 2050 sind die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null reduziert.

Treibhausgasemissionen

CO₂-Äquivalente ohne Senkenleistungen des Waldes



¹ Für die Überprüfung der Zielerreichung werden zusätzlich anrechenbare Senkenleistungen (Treibhausbilanz der Vegetation und Böden) sowie internationale Bescheinigungen berücksichtigt werden.

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAFU – Treibhausgasinventar

© BFS 2023

Der Treibhauseffekt ist an sich ein natürliches Phänomen, doch wird sein Gleichgewicht durch vom Menschen emittierte Treibhausgase gestört. Diese entstehen in erster Linie durch die Verbrennung fossiler Brenn- und Treibstoffe. Die in der Schweiz ausgestossenen **Treibhausgasemissionen**, gemessen in CO₂-Äquivalenten, sind von 55,3 Mio. Tonnen im Jahr 1990 auf 45,2 Mio. Tonnen im Jahr 2021 zurückgegangen. Im Vergleich zum Zielwert des Ziels 13.2 für 2030 (–50% im Vergleich zu 1990) entspricht dies im Jahr 2021 einer Übereinstimmung zu 61,8% mit dem theoretischen Pfad zur Erreichung des Ziels.^{*}

Die **Treibhausgasemissionen** entwickeln sich **in den einzelnen Sektoren gemäss CO₂-Verordnung** unterschiedlich. Im Gebäudesektor (Haushalte und Dienstleistungen) lagen die Emissionen 2021 mit 11,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten 30,1% tiefer als 1990. Ebenfalls abgenommen haben die Emissionen im Industriesektor (inkl. Abfallverbrennung). 2021 betrug sie 10,7 Mio. Tonnen, 21,3% weniger als im 1990. Im Sektor Verkehr (ohne internationalen Flugverkehr) lagen die Emissionen mit 13,9 Mio. Tonnen 2021 um 7,0% tiefer als im 1990.

Die **übrigen Emissionen** beliefen sich 2021 auf 9,0 Millionen Tonnen. Davon stammten 6,5 Millionen Tonnen aus der Landwirtschaft, 1,4 Millionen Tonnen waren auf synthetische Gase zurückzuführen, 1,1 Millionen Tonnen entfielen auf Abfall. Insgesamt haben die übrigen Emissionen gegenüber 1990 um 11,1% abgenommen.³⁴

Ein sich veränderndes Klima wirkt sich auf verschiedenste Lebensbereiche aus. Die Gesellschaft kann darauf reagieren, beispielsweise durch Verringerung ihrer Einwirkung oder indem sie sich an die neuen Gegebenheiten anpasst. Die **Besteuerung der fossilen Energien** wird als Verhältnis zwischen den Steuereinnahmen aus fossilen Energien und dem Endverbrauch fossiler Energien gemessen, was gemeinhin als impliziter Steuersatz auf fossile Energien bezeichnet wird. Zwischen 1995 und 2022 hat die Besteuerung der fossilen Energien teuerungsbereinigt um 59% zugenommen und belief sich 2022 auf 533 Franken pro Tonne Erdöläquivalente. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Einführung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe im Jahr 2008 zurückzuführen, hingegen ist die Besteuerung der Treibstoffe während dieser Zeit relativ konstant geblieben.³⁵

* siehe Teil Beurteilung der Indikatoren (Kapitel 1.3) für die Berechnungsmethode

ZIEL 13.1

Klimabedingte Risiken

Die klimabedingten Risiken sind minimiert, die Chancen genutzt, Bevölkerung, Umwelt, Sachwerte und natürliche Lebensgrundlagen geschützt und die Resilienz von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt gegenüber diesen Risiken gesteigert.

Der Klimawandel hat nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt, er kann auch die Gesundheit beeinträchtigen.

Hitze kann Erschöpfung und Hitzschlag auslösen sowie bestehende Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-, Atemwegs-, Nieren- oder psychische Erkrankungen verschlimmern. Die **Hitzewelle** im Juli 2015 hat etwa 500 **Todesfälle** zusätzlich zur normalerweise erwarteten Zahl bewirkt.³⁶

Betreffend **Temperaturen** sind langfristige Tendenzen feststellbar: In der Schweiz waren die letzten zehn Jahre (2013–2022) rund 2,5 °C wärmer als der vorindustrielle Durchschnitt 1871–1900.³⁷ Nördlich der Alpen fiel der Anstieg etwas stärker aus als im Süden. Abgesehen davon gibt es bei den **Jahresmittelwerten** keine grösseren räumlichen Unterschiede im Erwärmungstrend.³⁸

Die klimatischen Veränderungen zeigen sich auch in der **Anzahl Hitzetage**. Als Hitzetage gelten Tage mit einer Maximumtemperatur von 30 °C oder mehr. Die Anzahl Hitzetage hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Während im Tessin in den 1960er-Jahren im Durchschnitt ein bis zwei Hitzetage pro Jahr auftraten, sind es heute zwischen 15 und 20.³⁹

Trockenperioden stellen ein weiteres wiederkehrendes Extremereignis dar: Die **maximale Anzahl zusammenhängender Trockentage** zeigt die längste Phase von Tagen, an welchen täglich weniger als 1 mm Niederschlag gemessen wurde. In Bern/Zollikofen wurden in der Messperiode 1864–2022 die kürzeste Phase zusammenhängender trockener Tage mit jeweils 12 Tagen in den Jahren 1877 und 1968 registriert, die Jahre 1893, 1963 und 2016 halten den Rekord von 45 Tagen.⁴⁰

Mit dem zunehmenden Auftreten von Extremereignissen zeigt sich auch die Bedeutung der Biodiversität für die Anpassung an den Klimawandel. Artenreiche Gemeinschaften sind gegenüber Extremereignissen widerstandsfähiger als artenarme. Standortgerechte Baumarten und eine hohe Struktur- und Artenvielfalt erhöhen die Widerstandsfähigkeit des Waldes.⁴¹ Die **Strukturvielfalt der Wälder** hat im ausgewerteten Zeitraum zugenommen.⁴² Rund 44 % der Schweizer Waldbestände weisen eine hohe Strukturvielfalt auf. Nur für 13 % ist sie gering. Besonders strukturreich sind die Bestände der Voralpen, gefolgt von jenen in der Region Alpen. Am strukturärmsten sind die Bestände der Alpensüdseite.⁴³

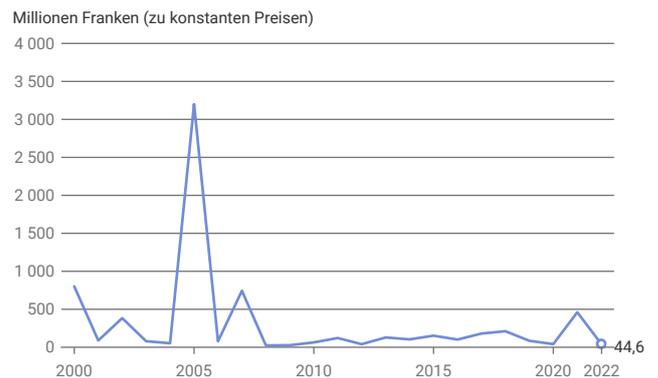
ZIEL 11.b

Schutz vor Naturgefahren

Im Siedlungsbereich sinkt die Anzahl der Schadenereignisse und ihre Auswirkungen nehmen gegenüber der Periode 2005–2015 ab.

Schäden durch Naturereignisse

Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz



Steinschlag, Fels- und Bergsturz seit 2002 berücksichtigt

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft © BFS 2023

Naturereignisse wie Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschläge, Fels- und Bergstürze können bedeutende Sach-, Personen- und Umweltschäden verursachen und die Sicherheit von Siedlungen bedrohen. Die Höhe der **Schäden durch Naturereignisse** wird von der Nutzung des Siedlungsraums und von der Intensität sowie dem räumlichen Ausmass der Naturereignisse beeinflusst. 2022 beliefen sich die Schäden durch Naturereignisse auf 44,6 Millionen Franken. Die Gesamtsumme der seit 2000 verursachten Schäden beträgt 7,2 Milliarden Franken. Hochwasser und Murgänge verursachten im selben Zeitraum Schäden von 6,7 Milliarden Franken, die Schäden durch Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz beliefen sich auf etwa eine halbe Milliarde Franken (teuerungsbereinigte Zahlen).⁴⁴

In den letzten 30 Jahren konnten überdurchschnittlich viele **Hochwasser** beobachtet werden. So traten zwischen 1999 und 2019 die drei grössten Hochwasser seit 1930 auf. Zwischen 1960 und 1975 gab es im Gegensatz dazu nur sehr wenige Hochwasser.⁴⁵

Naturereignisse fordern auch **Todesopfer**. Während 2022 niemand infolge eines Naturereignisses verstarb, waren seit 2000 insgesamt 95 Todesopfer zu verzeichnen. Berücksichtigt werden nur die Todesfälle, bei welchen sich die betroffenen Personen nicht bewusst oder absichtlich einer offensichtlichen Gefahr ausgesetzt haben.

Zur Eindämmung der verursachten Schäden können verschiedene Massnahmen ergriffen werden: Im Jahr 2022 hat die Öffentlichkeit insgesamt rund 601 Millionen Franken für den **Schutz vor Naturereignissen** ausgegeben. 289 Millionen Franken wurden dabei in Schutzmassnahmen gegen Wasser investiert, 217 Millionen in Schutzwälder und 95 Millionen Franken in Massnahmen zum Schutz vor Murgängen, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz sowie Lawinen.⁴⁶

Das Bewusstsein für Umweltgefahren widerspiegelt sich im **umweltrelevanten Verhalten im Alltag**, zum Beispiel beim Kauf von Nahrungsmitteln oder Elektrogeräten (→ Kapitel 2.1.1 – Ziel 12.8)

Die effektive Umweltbelastung durch das Konsumverhalten zeigt sich unter anderem im **Treibhausgasfussabdruck der Ernährung** (→ Kapitel 2.1.3 – Ziel 12.2 (b)).

ZIEL 13.3

Kompetenzen im Umgang mit dem Klimawandel

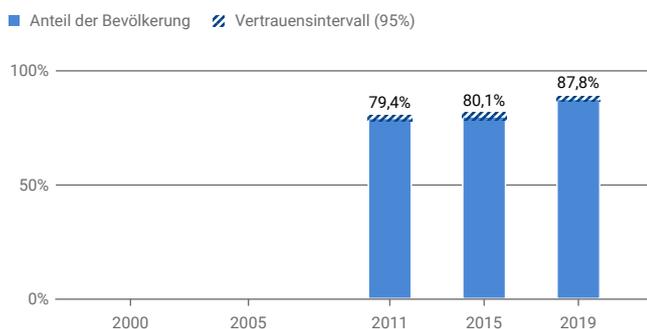
Bevölkerung, Behörden, Unternehmen, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Fachkräfte sowie Konsumentinnen und Konsumenten verfügen über adäquate Informationen und Handlungskompetenzen zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen sowie zur Anpassung an den Klimawandel.

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

13.2	Treibhausgasemissionen	↘	↘	■
13.1	Indikator in Entwicklung			
11.b	Schäden durch Naturereignisse	↘		■
13.3	Einschätzung des Klimawandels als Gefahr	↗		■

Einschätzung des Klimawandels als Gefahr

Anteil der Bevölkerung, der den Anstieg der globalen Temperatur aufgrund des Klimawandels als sehr gefährlich oder eher gefährlich einstuft



2019: Serienbruch aufgrund eines Methodenwechsels

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Omnibus-Erhebungen 2011, 2015 & 2019

© BFS 2023

Das Konsumverhalten in den Industrieländern ist für den Klimawandel mitverantwortlich. Eine gut informierte Bevölkerung, die sich der Auswirkungen ihres Handelns bewusst ist, verhält sich tendenziell umweltbewusster. **Der Anteil der Bevölkerung, der den Klimawandel als sehr oder eher gefährlich einschätzt**, hat zwischen 2015 und 2019 von 80,1% auf 87,8% zugenommen.

Dieser Anteil unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den unterschiedlichen **Bildungsniveaus**. Wird hingegen nur der Anteil der Bevölkerung betrachtet, der den Klimawandel als sehr gefährlich einstuft, liegt er bei den tertiär Ausgebildeten höher als bei den Personen mit einer Ausbildung der obligatorischen Schule oder der Sekundarstufe.⁴⁷

2.2.2 Den Energieverbrauch senken, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien ausbauen

Eine ausreichende Energieversorgung ist Voraussetzung für wirtschaftliche Tätigkeiten und die Deckung individueller Bedürfnisse (7.1). Zugleich gehört der Energiebedarf zu den weltweit grössten Nachhaltigkeitsproblemen und setzt voraus, dass die Energieproduktion und -nutzung auf erneuerbare, lokale und emissionsarme Energiequellen umgestellt wird (7.2). Diese Umstellung geht mit einer allgemeinen Verringerung des Energieverbrauchs und der Energieintensität einher (7.3).

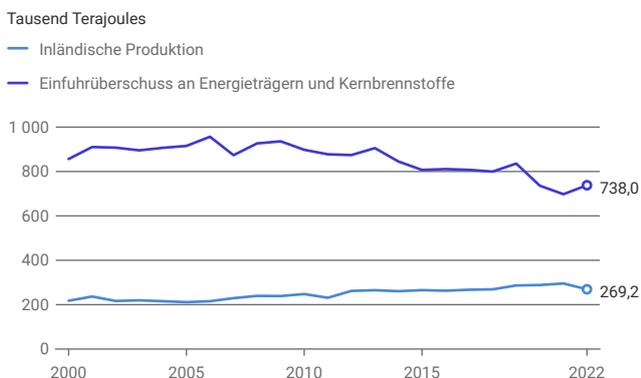
ZIEL 7.1

Energieversorgung

Eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie die Resilienz der dafür benötigten Infrastruktur sind gewährleistet.

Energieabhängigkeit

Inländische Energieproduktion aus Primärenergieträgern und Importe (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffe)



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik

© BFS 2023

Die **Energieabhängigkeit** zeigt die Bruttoenergieimporte (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffe) und wie viel Energie inländisch produziert wird. Sie weist auf das Verhältnis zwischen inländisch produzierter und importierter Energie und somit auf die Abhängigkeit der Schweiz vom Energieimport hin. Die Energieabhängigkeit macht die Binnenwirtschaft verwundbar, insbesondere im Zuge von internationalen Krisen. 2022 hing die Schweiz für die Energieversorgung zu 73,3% vom Ausland ab.

Massgebend für die Energieabhängigkeit vom Ausland sind die **Art und Herkunft der importierten Energieträger** sowie die Sicherheit und Vielfalt der Versorgung und der Beschaffungskanäle. 2022 war die Energieabhängigkeit der Schweiz zu 63% auf fossile Energieträger (Rohöl, Erdölprodukte und Gas) und zu 34% auf Kernbrennstoffe zurückzuführen.⁴⁸ Die verbleibenden

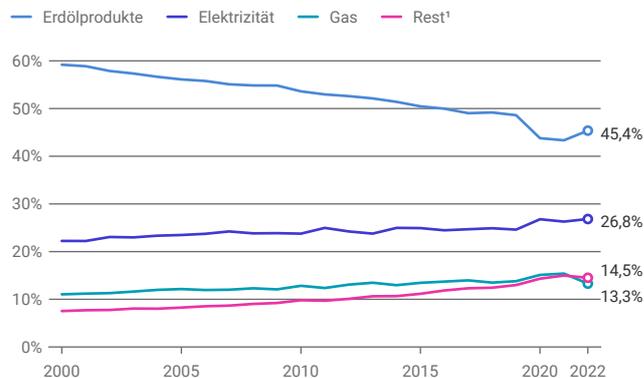
3% entfielen auf Importe von Strom und biogener Treibstoffe. Die Schweiz produziert in der Regel mehr Strom als sie verbraucht (positiver jährlicher Exportsaldo). Im Winter importiert sie jedoch praktisch jedes Jahr Strom.

2022 importierte die Schweiz 8,9 Millionen Tonnen Erdölprodukte. 3 Millionen Tonnen davon waren Rohöl, das mehrheitlich aus Nigeria (33,8%), den USA (32,4%) und Kasachstan (14,2%) stammte. Die anderen Erdölprodukte (Endprodukte) wurden fast ausschliesslich aus Raffinerien in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Belgien bezogen.⁴⁹

Die Schweiz importiert Erdölprodukte mit verschiedenen **Transportmitteln**. 2022 gelangten sie zu 42,1% via Pipeline, zu 32,4% auf der Schiene, zu 18,9% mit Rheinschiffen und zu 6,6% auf der Strasse in die Schweiz.⁵⁰ Rohöl wird ebenso wie Gas ausschliesslich via Pipeline eingeführt.

Endenergieverbrauch nach Energieträger

Anteile in Prozent



¹ Kohle, Holzenergie, Fernwärme, Industrieabfälle und übrige erneuerbare Energien

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik

© BFS 2023

Eine **Diversifizierung auf mehrere Energieträger** trägt zur Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung bei, da die Abhängigkeit von einzelnen Energiequellen dadurch reduziert werden kann. 2022 entfielen 45,4% des Endenergieverbrauchs auf Erdölprodukte, 26,8% auf Strom und 13,3% auf Gas.

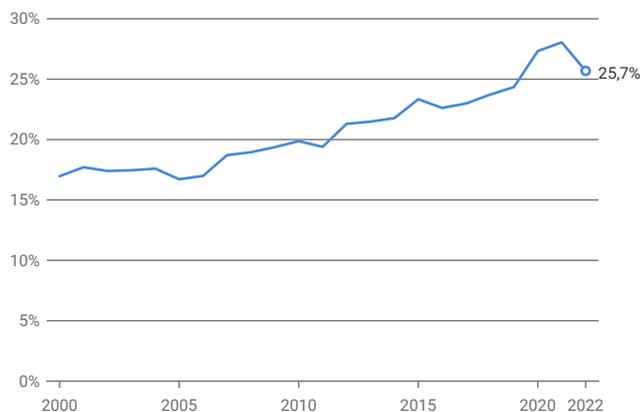
ZIEL 7.2

Erneuerbare Energien

Der Anteil kosteneffizienter erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch erhöht sich kontinuierlich. Für die Stromproduktion aus Wasserkraft wird ein Ausbau angestrebt, mit dem die inländische Produktion im Jahr 2035 bei mindestens 35 400 Gigawattstunden liegt. Für die Stromproduktion aus den übrigen erneuerbaren Energien wird ein Ausbau angestrebt, mit dem die inländische Produktion im Jahr 2035 bei mindestens 17 000 Gigawattstunden liegt.

Erneuerbare Energien

Anteil am Endenergieverbrauch



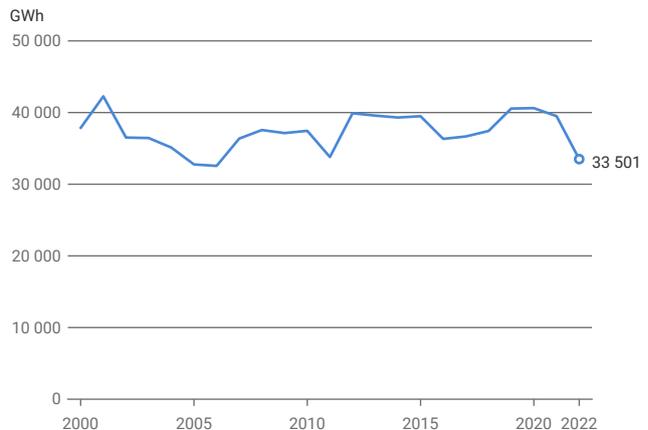
Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFE – Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien © BFS 2023

Die Verbrennung fossiler Treib- und Brennstoffe ist mit Schadstoff- und Treibhausgasemissionen verbunden. Erneuerbare Energien werden laufend oder zyklisch von der Natur produziert und sind verfügbar, solange sie sich schneller oder gleich schnell erneuern wie sie verbraucht werden. Verglichen mit fossilen Energieträgern oder der Kernenergie entstehen bei der Nutzung von erneuerbaren Energien relativ wenig Emissionen und Abfälle. Die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbarer Energie kann jedoch auch Auswirkungen auf die Umwelt haben (z. B. Beeinflussung des Landschafts- oder Ortsbilds). Der **Anteil erneuerbarer Energien** am Endenergieverbrauch ist seit 1990 angestiegen und betrug im Jahr 2022 25,7%. Zu den erneuerbaren Energien gehören die Energieträger Wasserkraft, Holz, Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas, Umweltwärme sowie erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser.

2022 stammten 33 501 Gigawattstunden (GWh) **Strom aus Wasserkraft**. Nach Abzug des Verbrauchs der Speicherpumpen macht dies 48,2% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion aus. Die rückläufige Stromproduktion der Wasserkraftwerke im Jahr 2022 erklärt sich hauptsächlich durch ungünstige hydrologische Bedingungen.

Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie

Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraftwerken

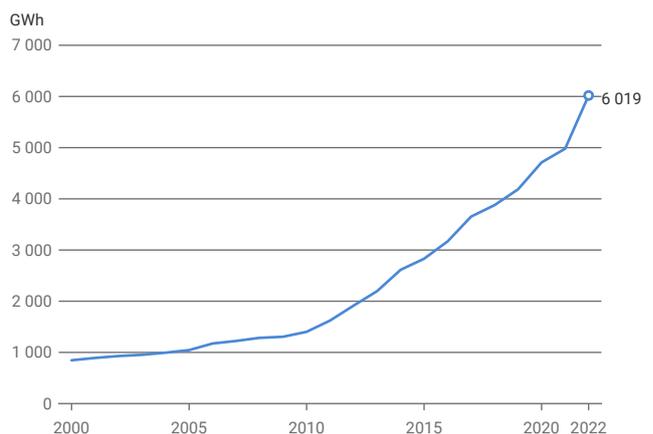


Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFE – Schweizer Elektrizitätsstatistik © BFS 2023

Während die Schweizerische Elektrizitätsstatistik die tatsächliche Stromproduktion abbildet, stützen sich die Energiestrategie 2050 und das Energiegesetz beim Ausbau der Stromproduktion aus Wasserkraft auf eine **mittlere Produktionserwartung** gemäss der Statistik der Wasserkraftanlagen der Schweiz (WASTA),⁵¹ da bei dieser Methode die jährlichen witterungs- oder marktbedingten Schwankungen geglättet werden. Die erwartete mittlere Stromproduktion stammt zu 48,4% aus Laufkraftwerken und zu 47,4% aus Speicherkraftwerken. Die übrigen 4,2% werden von Pumpspeicherwerken produziert (Stand 31.12.2022).⁵²

Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFE – Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien © BFS 2023

2022 wurden 6019 GWh **Strom aus den übrigen erneuerbaren Energiequellen** gewonnen. Dies entspricht 10,4% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion. Im Vergleich zum Zielwert des Ziels 7.2 (17 000 GWh im Jahr 2035) entspricht dies im Jahr 2022 einer Übereinstimmung zu 50,9% mit dem theoretischen Pfad zur Erreichung des Ziels.*

Die Elektrizität aus erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) stammt überwiegend aus **Sonnenenergie, erneuerbaren Anteilen aus Abfall** sowie aus **Biomasse**. Diese drei Energieträger lieferten 2022 zusammen 95% der Elektrizität aus erneuerbaren Energien ohne Wasserkraft,⁵³ die verbleibenden 5% werden durch **Biogase** aus Abwasserreinigungsanlagen und aus **Wind** erzeugt. Bei allen Energieträgern war seit 2000 ein Wachstum zu verzeichnen. Relativ gesehen war dieses am stärksten bei der Sonnenenergie, gefolgt von der Biomasse und Windenergie.

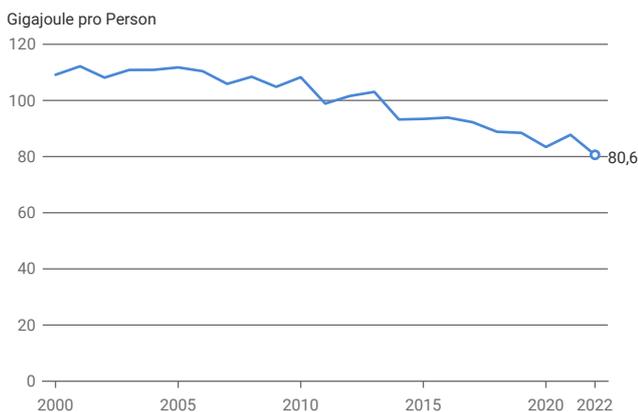
Erneuerbare Energien werden nicht nur für die Stromproduktion verwendet. Im Jahr 2022 wurden 79 549 Terajoule **Wärme** mit erneuerbaren Energien produziert.⁵⁴ Dies entspricht 26,8% der gesamten Wärmeproduktion.

ZIEL 7.3

Energieverbrauch
 Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr wird gegenüber dem Stand im Jahr 2000 bis zum Jahr 2035 eine Senkung um 43 %, beim Stromverbrauch eine Senkung um 13 % angestrebt.

Endenergieverbrauch pro Person

Ohne internationalen Flugverkehr



Datenstand: 19.12.2023
 Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik; BFS – Zivilluftfahrtstatistik, STATPOP, ESPOP © BFS 2023

* siehe Teil Beurteilung der Indikatoren (Kapitel 1.3) für die Berechnungsmethode

Der Energieverbrauch trägt zur Nutzung natürlicher Ressourcen und damit verbunden zur Umweltbelastung bei. Eine Reduktion des Energieverbrauchs trägt somit zur nachhaltigen Entwicklung bei. Der **Endenergieverbrauch pro Person** ist seit 2000 tendenziell rückläufig. 2022 betrug der Energieverbrauch der Schweizer Bevölkerung 80,6 Gigajoule pro Person (ohne internationalen Flugverkehr**). Diese Abnahme folgt daraus, dass die Bevölkerung zwischen 2000 und 2022 um 22% gewachsen ist, während der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum um 9,8% abgenommen hat (absolute Entkopplung). Im Hinblick auf die gemäss Ziel 7.3 bis 2035 angestrebte Reduktion um 43% pro Kopf und pro Jahr stimmt der 2022 gemessene Wert zu 96,7% mit dem theoretischen Weg zum Zielwert überein.*

In **absoluten** Zahlen belief sich der **Endenergieverbrauch der Schweiz** gemäss Gesamtenergiestatistik⁵⁵ im Jahr 2022 auf 765 070 Terajoule (inkl. internationaler Flugverkehr). Für den internationalen Flugverkehr wurden 2022 insgesamt 57 499 Terajoule verbraucht, was 7,5% des Endverbrauchs entspricht.⁵⁶ Der Verkehr war 2022 der **Sektor mit dem grössten Energieverbrauch** (36%), gefolgt von den Haushalten (28%),^{***} der Industrie (19%) und dem Dienstleistungssektor (16%).⁵⁷ Der Entwicklung des Energieverbrauchs liegen verbrauchssteigernde Effekte wie beispielsweise Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zugrunde, gleichzeitig wird er unter anderem durch verbrauchsmildernde technologische Entwicklungen und politische Massnahmen beeinflusst. Beim Endenergieverbrauch wird im Gegensatz zum Bruttoenergieverbrauch den Umwandlungs- und Verteilungsverlusten nicht Rechnung getragen. Der **Bruttoenergieverbrauch** belief sich 2022 auf 1 025 380 Terajoule.⁵⁸

Die **Energieintensität**⁵⁹ der Schweizer Wirtschaft, ausgedrückt durch das Verhältnis von Endenergieverbrauch zu Wirtschaftsleistung, hat seit 2000 um 38% abgenommen: Damals wurden für einen Franken des Bruttoinlandprodukts 1,7 Megajoule an Endenergie benötigt, 2022 war es noch 1,0 Megajoule pro Franken (absolute Entkopplung).

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

7.1	Energieabhängigkeit	↘	↘	■
	Endenergieverbrauch nach Energieträger	↘	↘	■
7.2	Erneuerbare Energien	↗	↗	■
	Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie	↗	→	■
7.3	Endenergieverbrauch pro Person	↘	↘	■

** Abgrenzung der Energieperspektiven

*** ohne den Verbrauch durch den Verkehr

2.2.3 Biologische Vielfalt erhalten, nachhaltig nutzen, fördern und wiederherstellen

Eine hohe Biodiversität (15.5) ist eine Voraussetzung für den Erhalt von Ökosystemleistungen (15.8). Die Einrichtung von Schutzgebieten (15.1) sowie finanzielle Anreize (15.a) können dazu beitragen, die Artenvielfalt und natürlichen Lebensräume zu erhalten. Mit einer angemessenen Bewirtschaftung von Boden und Fließgewässern ist deren grundlegende Rolle namentlich für die menschliche Ernährung, die natürlichen Lebensräume oder die Energieproduktion sichergestellt (15.3, 6.6).

ZIEL 15.5

Erhaltung der einheimischen Arten

Der Erhaltungszustand der einheimischen Arten, insbesondere Populationen der national prioritären Arten, wird verbessert und ihr Aussterben so weit wie möglich unterbunden. Die genetische Vielfalt wird erhalten.

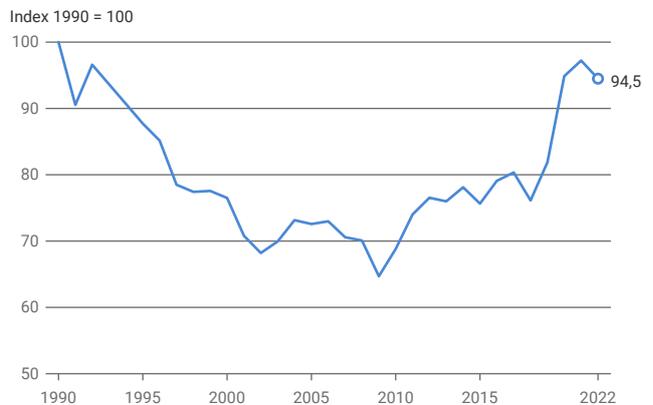
Die Biodiversität umfasst die Vielfalt an Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sowie Mikroorganismen, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten, die Diversität an Lebensräumen und die Beziehungen innerhalb und zwischen diesen Ebenen. Die Biodiversität trägt wesentlich zum Wohlbefinden der Menschen bei, indem sie etwa dabei hilft, das Wasser zu reinigen, die Luft zu filtern oder die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.

Die **Roten Listen** zeigen den Gefährdungsgrad der in einem Gebiet erhobenen Artengruppen. In der Schweiz sind rund 56 000 Pflanzen-, Pilz- und Tierarten bekannt (ein- und wenigzellige Lebewesen ausgenommen). Von den 10 844 untersuchten Arten befinden sich 35% auf Roten Listen, d. h. sie gelten als gefährdet, verschollen oder ausgestorben.⁶⁰ Dieser Umstand geht unter anderem einher mit der Zerschneidung, der Fragmentierung und dem Verschwinden ökologisch wertvoller Räume (wie etwa Feuchtgebieten und Trockenwiesen), das insbesondere auf intensive Landwirtschaft, Drainage, die Entwicklung der Infrastrukturen, sich ausbreitende Agglomerationen und Flussverbauungen, die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten sowie den Klimawandel zurückzuführen ist.

Die Anzahl und das Vorkommen der Arten sind in hohem Masse von der Vielfalt und der Qualität der Lebensräume abhängig. In dieser Hinsicht gilt der **Brutvogelbestand** als aussagekräftiger Gradmesser für die Biodiversität eines Gebiets. Der Index der 44 in der Roten Liste geführten bedrohten Arten hat sich 2022 nach einem Rückgang bis etwa 2010 um rund 35% wieder dem Ausgangswert von 1990 angenähert. Seit 1990 haben sich von diesen bedrohten Arten 13 positiv entwickelt, 15 gingen zurück, 9 zeigten keinen signifikanten Trend und 4 wurden 2022 nicht mehr nachgewiesen. Der Index der regelmässig in der Schweiz brütenden Vogelarten (179 Arten, wovon 176 beurteilbar sind) zeigt eine ähnliche Entwicklung, allerdings mit einem weniger starken Rückgang.⁶¹

Brutvogelbestände

Bestandsveränderung der Brutvögel, die auf der Roten Liste verzeichnet sind



Datenstand: 19.12.2023

Quelle: Schweizerische Vogelwarte Sempach

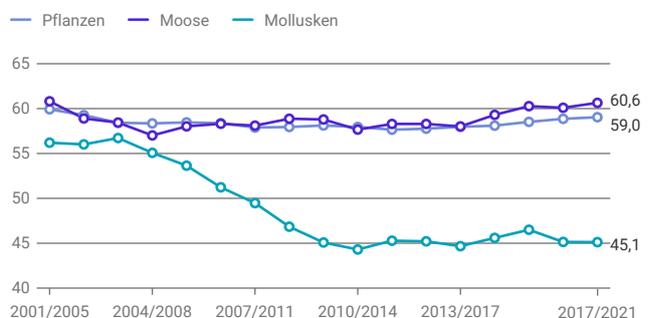
© BFS 2023

Arten reagieren auf Veränderungen in ihrer Umgebung. Die **Verbreitung der Tagfalterarten** gibt Aufschluss über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artengemeinschaften.⁶² Seit 1990 sind die Verbreitungsgebiete von thermophilen (wärme liebenden) Falterarten in der Schweiz gewachsen. Dies erklärt sich hauptsächlich mit den höheren Temperaturen infolge der Klimaerwärmung, dank derer sich diese Arten stärker verbreiten können. Umgekehrt ist bei den psychophilen (kälte liebenden) Falterarten ein Rückgang zu beobachten.

Die **Lebensraumvielfalt** beeinflusst die Artenvielfalt. Von den 167 in der Schweiz vorkommenden Lebensraumtypen stehen 48% (79 natürliche Lebensräume) auf der Roten Liste der natürlichen Lebensräume. Die aquatischen und die Moorlebensräume sowie die Agrarlebensräume sind am stärksten gefährdet.⁶³

Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden

Index¹ von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen



¹ Mittelwert über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BAFU – Biodiversitäts-Monitoring Schweiz

© BFS 2023

Die **Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden** verdeutlicht den Druck auf die Biodiversität in landwirtschaftlichen Flächen. Sie ist seit Beginn der 2000er-Jahre insgesamt zurückgegangen: Während sie bei den Pflanzen und Moosen konstant geblieben ist, konnte bei den Mollusken (Schnecken) eine Abnahme beobachtet werden. Bei Letzteren hat vor allem die Anzahl der häufig vorkommenden Arten zugenommen, die keine besonderen Ansprüche an ihren Lebensraum stellen, während die Anzahl der seltenen Arten abgenommen hat.

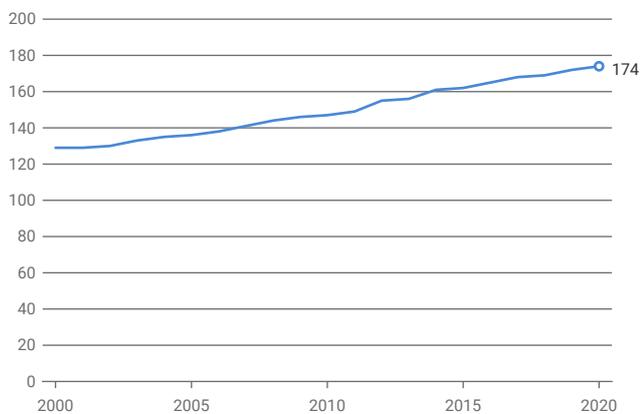
ZIEL 15.8

Biologische Vielfalt, Ökosystemleistungen und invasive Arten

Die biologische Vielfalt sowie Ökosystemleistungen werden wiederhergestellt und erhalten. Ihre nachhaltige und standortangepasste Nutzung wird gefördert. Mensch und Umwelt werden durch invasive gebietsfremde Arten nicht gefährdet. Deren Ausbreitung ist eingedämmt und die Neueinbringung wird verhindert.

Invasive gebietsfremde Arten

Anzahl bekannte invasive gebietsfremde Arten



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAFU

© BFS 2023

Bei den **gebietsfremden invasiven Arten** handelt es sich um absichtlich oder unabsichtlich eingeführte nichteinheimische Arten, die sich in der Natur verbreiten und so die einheimischen Arten bedrohen und das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen oder die Gesundheit des Menschen oder die Infrastrukturen beeinträchtigen können. Im Jahr 2020 umfasste die Liste der invasiven gebietsfremden Pflanzen-, Tier- und Pilzarten (nach dem Datum der ersten Meldung in der Schweiz) 174 Arten, was einem Anstieg von 33,4% gegenüber 2000 entspricht. Wie viele invasive gebietsfremde Arten bekannt sind, hängt namentlich vom betriebenen Beobachtungsaufwand ab.

Auf rechtlicher Ebene ist das **Verbot von invasiven gebietsfremden Arten** in drei Verordnungen geregelt. 2022 gab es 32 Tier- und Pflanzenarten, für die der Import und die Haltung verboten waren oder deren Vorkommen gemäss diesen Verordnungen als Risiko für unerwünschte Änderung der Fauna gilt.⁶⁴

Ökosysteme erbringen **Leistungen**, die dem Menschen von Nutzen sind. So erfolgt die Bestäubung bei manchen Nutzpflanzen beispielsweise durch Tiere. 2022 profitierten rund 45 000 Hektaren Kulturlächen von der **Bestäubung** durch Tiere, was 4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 15% der Acker- und Dauerkulturlächen entspricht.⁶⁵ Insbesondere bei Obst oder Beeren, aber auch bei Raps oder Sonnenblumen wird die Produktion durch Bestäuber gefördert. Bei den restlichen Ackerflächen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Getreide, bei dem die Bestäubung durch den Wind erfolgt.

Wälder bieten viele Vorteile, indem sie beispielsweise als **Speicher für CO₂** wirken: Während des Wachstums entziehen Pflanzen und Bäume der Luft Kohlendioxid (CO₂) und nehmen dabei den Kohlenstoff (C) auf. Bei der Verbrennung des Holzes oder wenn Bäume absterben bzw. verrotten, wird der grösste Teil des Kohlenstoffs in Form von CO₂ wieder freigesetzt, was im Fall der Verrottung über einen längeren Zeitraum erfolgen kann. Da in der Schweiz seit einigen Jahren mehr Holz nachwächst als genutzt wird bzw. abstirbt, wirkt der Wald als Speicher für CO₂. 2022 betrug der Zuwachs an stehendem Holz rund 1,7 Millionen Kubikmeter. Die übliche Annahme ist, dass ein Kubikmeter Holz im Durchschnitt etwa eine Tonne CO₂ aufnehmen kann. Neben stehendem Holz, das den weitaus grössten Anteil an der Biomasse des Waldes ausmacht, haben u. a. auch Totholz, Streu und Boden einen Einfluss auf die Aufnahme bzw. Abgabe von CO₂.⁶⁶

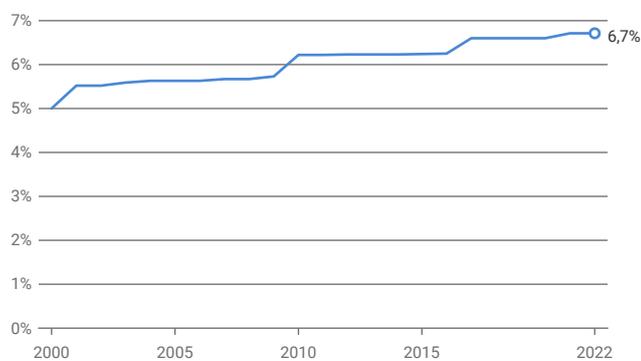
ZIEL 15.1

Schutz der Lebensräume

Zur Sicherung des Raums für die langfristige Erhaltung der Biodiversität sind mindestens 17 % der Landesfläche durch wirkungsvolle, gut unterhaltene, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Schutzgebietssysteme und andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmassnahmen geschützt sowie in die umgebende Landschaft integriert. Die ökologische Infrastruktur ist erstellt und verstärkt. Der Zustand der national prioritären Lebensräume wird verbessert.

Nationale Schutzgebiete

Anteil der Schweizer Landesfläche, der auf Bundesebene für die Erhaltung der Biodiversität oder spezifischer Arten geschützt ist



Ohne Landschaften

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAFU

© BFS 2023

Die **nationalen Schutzgebiete** zum Schutz der Artenvielfalt oder bestimmter Arten machten im Jahr 2022 6,7% der Landesfläche aus. Nicht im Indikator berücksichtigt sind die Zonen, die dem Landschaftsschutz dienen. Ein Drittel der nationalen Schutzgebiete sind **Biotope von nationaler Bedeutung**. In diesen Gebieten leben spezialisierte Arten, die auf Veränderungen in ihrem Lebensraum besonders empfindlich reagieren.

Kantonale, regionale oder lokale Schutzgebiete sowie andere Biodiversitätsflächen wie beispielsweise Biodiversitätsförderflächen der Stufe 2 (hohe Qualität) tragen ebenfalls zum Lebensraum- und Artenschutz bei. Im Jahr 2022 machten die **ausgewiesenen Gebiete zum Erhalt der Biodiversität** insgesamt 13,4% der Schweizer Landesfläche aus.⁶⁷

Wald bietet Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Der **Biotoptwert der Wälder**, der im Rahmen der Landesforstinventare ermittelt wird, zeigt die ökologische Qualität der Waldbiotope.⁶⁸ Diese hat sich seit dem ersten Inventar vor dreissig Jahren stark verbessert, was sich hauptsächlich mit der zunehmenden Strukturvielfalt der Wälder erklären lässt. Letztere gibt insbesondere Aufschluss über die Fähigkeit der Waldökosysteme, sich an klimatische Veränderungen anzupassen (→ Kapitel 2.2.1 – Ziel 13.1).

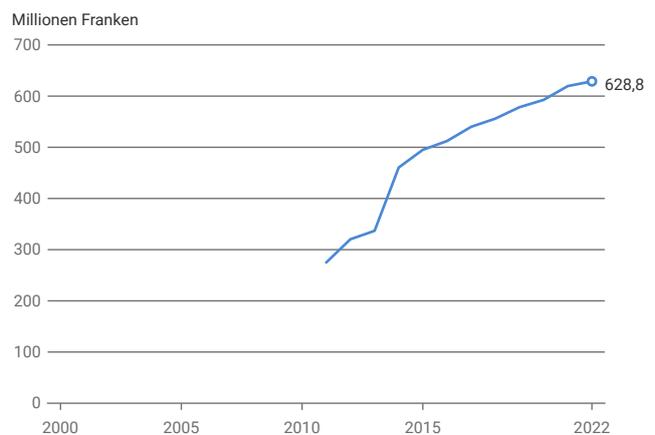
ZIEL 15.a

Biodiversitätsauswirkungen von finanziellen Anreizen

Negative Auswirkungen bestehender finanzieller Anreize auf Biodiversität und Landschaftsqualität werden aufgezeigt und wo möglich beseitigt. Neue finanzielle Anreize werden auf ihre Wirkung auf die Umwelt überprüft. Wo sinnvoll, werden neue positive Anreize geschaffen.

Biodiversitätsausgaben

Direkte Bundesausgaben für Biodiversität



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BAFU

© BFS 2023

Die **Biodiversitätsausgaben** zeugen vom finanziellen Engagement des Bundes für den Schutz und Erhalt der Biodiversität. Diese direkten Bundesausgaben beliefen sich im Jahr 2022 auf 628,8 Millionen Franken, was etwa einer Verdopplung der Ausgaben im Vergleich zu 2011 entspricht. 2022 beliefen sich die über das Direktzahlungssystem in Form von Beiträgen für die Biodiversität zugesprochenen Ausgaben in der **Landwirtschaft** auf 441,8 Millionen Franken, was 70,3% der gesamten Biodiversitätsausgaben entspricht⁶⁹ (→ Kapitel 2.1.3 – Ziel 2.4).

Die direkten Bundesausgaben erfassen nur einen Teil der Ausgaben für Biodiversität. Die direkten Kantons- und Gemeindebeiträge sowie die von Unternehmen und NGO aufgewendeten Beiträge werden nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht erfasst werden die öffentlichen Ausgaben in Bereichen, die mit der Biodiversität in keinem direkten Zusammenhang stehen, sich aber positiv auf diese auswirken.

ZIEL 6.6

Naturnahe Gewässer

Der natürliche Zustand eines Teils der Gewässer, deren Ufer stark verbaut sind, wird so weit wie möglich wiederhergestellt. Für alle Gewässer wird ausreichend Raum ausgeschieden, der nur extensiv als Biodiversitätsförderfläche bewirtschaftet wird. Die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung auf die Gewässer (Schwall-Sunk, Geschiebehaushalt, Fischwanderung) werden bis 2030 so weit wie möglich eliminiert.

Strukturen der Fließgewässer

Anteil an der gesamten Fließgewässerstrecke, der in ungenügendem ökomorphologischen Zustand ist¹



¹Naturfern/künstlich, stark beeinträchtigt, eingedolt

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BAFU – Ökomorphologie Stufe F (flächendeckend)

© BFS 2023

Durch die Begradigung und die Eindämmung können die Fließgewässer ihre natürliche Funktion nicht mehr ausreichend erfüllen, was den umliegenden Ökosystemen schadet. Der **Anteil der gesamten Fließgewässerstrecke** in ungenügendem ökomorphologischem Zustand belief sich bei der bisher einzigen Erhebung zwischen 1998 und 2006 auf 24%. Im Rahmen der ökomorphologischen Erhebung wurden kleine und mittlere Fließgewässer (ohne Rhein, Aare, Rhone, Limmat und Reuss) entlang von rund 30 000 Kilometer untersucht. Die Ergebnisse wurden danach auf das Gewässernetz der Schweiz übertragen und extrapoliert, um eine gesamtschweizerische Analyse zu ermöglichen.

Wasserentnahmen für die Wasserkraft wirken sich auf die Fließgewässer aus.⁷⁰ Das sogenannte Restwasser bzw. die Wassermenge, die nach einer Entnahme im Flussbett verbleibt, muss soweit ausreichen, dass das Fließgewässer seine natürlichen Funktionen weiterhin erfüllen kann. Wenn ein Fließgewässer durch eine Wasserentnahme deutlich beeinflusst wird, muss es unterhalb der Entnahmestellen saniert werden.⁷¹ 2020 wurden 91% der damals 1028 sanierungspflichtigen Wasserentnahmen für die Wasserkraft saniert.⁷²

Fischwanderhindernisse haben einen Einfluss auf die Biodiversität der Fische und schränken die Fortpflanzungsmöglichkeiten bestimmter Arten ein. Die häufigsten Hindernisse sind Wasserkraftwerke. Von 899 sanierungsbedürftigen Hindernissen (Stand 2018) wurden für 11 entsprechende Massnahmen ergriffen.⁷³

Die durch die Nutzung von Wasserkraft verursachten vorübergehenden Abflussschwankungen, auch Schwall-Sunk genannt, wirken sich auf die Biodiversität und den natürlichen Zustand von Fließgewässern aus. Durch die **Schwall-Sunk-Sanierung** werden diese Abflussschwankungen reduziert, was zum Schutz der Wasserorganismen beiträgt. 2018 waren 92 Wasserkraftwerke

sanierungspflichtig. Weiter werden in den für Wasserkraftwerke notwendigen Stauräumen Geschiebe und Schwebstoffe zurückgehalten.⁷⁴ Ein zu tiefer Geschiebetrieb kann negative Auswirkungen auf die ökomorphologischen Strukturen entlang des Flussbetts haben. Mit einer **Sanierung des Geschiebehaushalts** bei Wasserkraftanlagen kann der natürliche Transport von Geschiebe durch diese Anlagen verbessert werden. Laut der strategischen Planung (Stand 2014) waren 140 Anlagen sanierungspflichtig. 2018 waren für rund 40% davon bereits Massnahmen geplant oder umgesetzt.⁷⁵

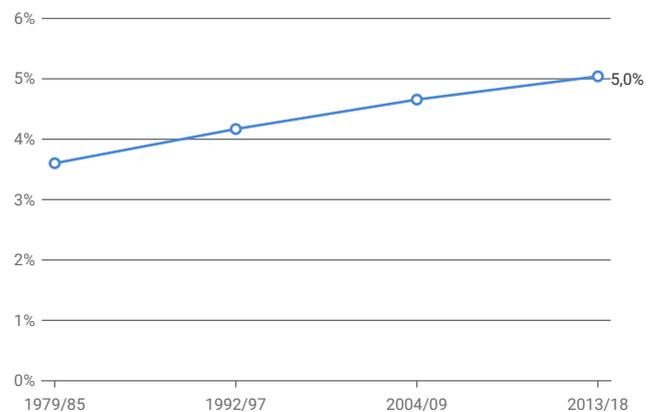
ZIEL 15.3

Bodenschutz

Die Funktionen des Bodens sind dauerhaft gewährleistet. Die Nutzung von Boden führt zu keinen physikalischen, chemischen und biologischen Belastungen, die zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Bodenfunktionen und somit der Bodenfruchtbarkeit führen. Degradierte Böden werden wiederhergestellt und aufgewertet, damit sie ihre standorttypischen Funktionen wieder erfüllen können. Bis 2030 wird der Bodenverbrauch im Vergleich zu 2020 um einen Drittel reduziert. Ab 2050 geht netto kein Boden mehr verloren.

Bodenversiegelung

Anteil versiegelter Flächen an der Gesamtfläche



Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Arealstatistik (AREA)

© BFS 2023

Durch die Versiegelung verliert der Boden seine natürliche ökologische Funktion als Lebensraum, Speicher und Filter für Niederschläge sowie die Fähigkeit, Stoffe umzuwandeln und abzubauen. Im Jahr 2018 machten die **versiegelten Flächen** 2081 km², das heisst 5,0% der Landesfläche, aus. Das entspricht einer Zunahme um 594 km² (oder 39,9%) im Vergleich zu 1985. Die versiegelten Flächen umfassen Gebäude, Gewächshäuser sowie befestigte Flächen (Asphalt, Beton, künstlich angelegte Kies- oder Steinflächen usw.) 2018 machten Siedlungsflächen wie Gebäudeareale, Verkehrsflächen sowie Erholungs- und Grünanlagen 7,9% der Landesfläche aus (einschliesslich der versiegelten Flächen).⁷⁶

Landwirtschaft und Boden sind eng miteinander verbunden. Mit einer Fläche von 14 525 km² und einem Anteil von 35,2% an der Landesfläche stellen die **landwirtschaftlich genutzten Gebiete** den Hauptbereich der Bodennutzung dar.⁷⁷ Naturwiesen und Heimweiden sowie Alpwirtschaftsflächen machen je ein gutes Drittel aller Landwirtschaftsflächen aus, während der Anteil des Ackerlands bei über einem Viertel liegt. Landwirtschaftsflächen sind seit 1985 um 7,3% geschrumpft, hauptsächlich zugunsten der bebauten Flächen sowie in geringerem Ausmass der Wälder.

Kohlenstoff ist ein wichtiger Bestandteil der organischen Bodensubstanz, deren Qualität und Quantität die Bodenfunktionen beeinflussen. Anhand des **Kohlenstoffgehalts der landwirtschaftlich genutzten Böden** lassen sich deren Gesamtqualität und die Fruchtbarkeit schätzen.⁷⁸ Er gibt auch Auskunft über die Rolle dieser Böden, die durch die Speicherung von Kohlenstoff eine klimabegünstigende Ökosystemfunktion erfüllen (→ Ziel 15.8 im gleichen Kapitel). Zwischen 1990 und 2014 blieb der durchschnittliche Gehalt an organischem Kohlenstoff in den analysierten Stichproben insgesamt stabil.

Kupfer und Zink sind Schwermetalle und können die physikalisch-chemischen Eigenschaften der Böden beeinträchtigen. Sie stammen aus den direkten Einträgen der Landwirtschaft, hauptsächlich durch Hofdünger und Pflanzenschutzmittel. Obwohl bei den im Rahmen der ersten Probenahmekampagnen 1985–1989 analysierten Böden insgesamt nur eine schwache Belastung nachgewiesen wurde, überschritten die Kupfer- und Zinkgehalte bestimmter Böden – insbesondere jener für Spezialkulturen – die Richtwerte gemäss der Verordnung über Belastungen des Bodens immer noch signifikant.⁷⁹

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

15.5	Brutvogelbestände			
	Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden			
15.8	Invasive gebietsfremde Arten			
15.1	Nationale Schutzgebiete			
15.a	Biodiversitätsausgaben			
6.6	Strukturen der Fliessgewässer			
15.3	Bodenversiegelung			

2.3 Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt

2.3.1 Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern

Für eine gerechte und inklusive Gesellschaft ist es grundlegend, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, ihre materiellen und immateriellen Bedürfnisse zu erfüllen und selbstbestimmt zu leben. Armut (1.2) kann die Erfüllung dieser Bedürfnisse beispielsweise hinsichtlich Gesundheit (3.8) und Wohnverhältnisse (11.1) erheblich beeinträchtigen. Der Zugang zu Ausbildung und lebenslangem Lernen (4.3) eröffnet wirtschaftliche und soziale Möglichkeiten und trägt so zur Vermeidung von Armut bei.

ZIEL 1.2

Armut

Der Anteil der Bevölkerung in der Schweiz, die unter der nationalen Armutsgrenze lebt, wird reduziert.

Armutsquote

Anteil der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten, die unter der Armutsgrenze lebt



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2014: Bruch in der Zeitreihe ohne fiktive Miete

Datenstand 19.12.2023

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) © BFS 2023

Jedes Mitglied der Gesellschaft soll in Würde leben können und über einen angemessenen Spielraum verfügen, um materielle und immaterielle Bedürfnisse zu decken. Im Jahr 2021 lebten in der Schweiz 8,7% der Bevölkerung,* das heisst 745 000 Personen, unter der **Armutsgrenze**. Dieser Anteil basiert auf dem Einkommen von 2020 und ist seit 2014 um 22,5% angestiegen. Das bedeutet, dass 211 000 Menschen mehr unter der Armutsgrenze leben als noch sieben Jahre zuvor.⁸⁰ Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht als andere. In der Regel sind Personen in Einelternhaushalten, ausländische Personen, Personen mit Behinderungen oder einem lang andauernden Gesundheitsproblem, Personen ohne nachobligatorische Ausbildung sowie Personen in Haushalten ohne Arbeitsmarktteilnahme besonders häufig von Einkommensarmut und finanziellen Schwierigkeiten betroffen.

Sozialtransfers** tragen in der Schweiz wesentlich dazu bei, Armut zu verhindern. Ohne all diese Transfers wäre fast ein Drittel der Schweizer Bevölkerung armutsbetroffen (32,5% im Jahr 2021). Werden die Alters- und Hinterbliebenenleistungen ans Einkommen angerechnet, sinkt die Armutsquote auf 17,7%.⁸¹ Nach Berücksichtigung aller Transfers beträgt sie schliesslich noch 8,7%.

* Die Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, die unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Anwesenheitsdauer und Art der Anwesenheitsbewilligung ihren Wohnsitz zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Schweiz haben. Personen ohne offiziellen Wohnsitz in der Schweiz (z. B. in der Schweiz arbeitende Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Touristen, Besucherinnen oder Geschäftsreisende) gehören nicht zur Wohnbevölkerung. Zur Wohnbevölkerung werden die folgenden Ausländerkategorien gezählt: Niedergelassene, Aufenthaltserinnen und Aufenthaltler (inkl. anerkannte Flüchtlinge), Saisonniers (seit dem 1. Juni 2002 wird diese Bewilligung nicht mehr erteilt), Kurzaufenthalterinnen und -aufenthalter, Personen im Asylprozess, Diplomatinnen und Diplomaten sowie internationale Funktionärinnen und Funktionäre und deren Familienangehörige. (Quelle: www.statistik.ch → Statistiken finden → Kataloge und Datenbanken → Definitionen).

** Sozialtransfers im engeren Sinn umfassen alle Sozialtransfers ausser Alters- und Hinterbliebenenleistungen (z. B. Familienzulagen, IV-Renten, Verbilligungen der Krankenkassenprämie, Sozialhilfe oder Taggelder der ALV). Bei der Armutsquote vor allen Sozialtransfers werden auch Alters- und Hinterbliebenenleistungen zu den Sozialtransfers gezählt. (Quelle: www.statistik.ch → Statistiken finden → Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Soziale Situation, Wohlbefinden und Armut → Armut und Deprivation → Armut vor Sozialtransfers).

Als armutsgefährdet* gelten Personen mit einem Einkommen, das deutlich unter dem Einkommensniveau der Gesamtbevölkerung liegt. Dadurch besteht das Risiko der sozialen Ausgrenzung. 2021 waren rund 1,2 Millionen Menschen in der Schweiz von **Armutsgefährdung** betroffen, also fast jede siebte Person (14,6% der ständigen Wohnbevölkerung).⁸² Bei den Schweizerinnen und Schweizern belief sich die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2020 auf 12,2%, während sie bei Personen ausländischer Nationalität 21,7% betrug.

Mit Analysen zur **Dynamik der Armut** kann die zeitliche Dimension der Armut betrachtet werden. Armut ist in der Schweiz meist von kurzer Dauer. Zwischen 2017 und 2020 waren 16,3% der Bevölkerung in mindestens einem der vier Beobachtungsjahre von Einkommensarmut betroffen, aber lediglich 1,9% in allen vier Jahren.⁸³ Im Lauf von vier Jahren waren somit deutlich mehr Personen armutsbetroffen, als die jährlichen Armutsquoten aufzeigen.

Im europäischen Vergleich, die Schweiz gehört zu den Ländern mit einem eher niedrigen Anteil an langzeitgefährdeten Personen.

ZIEL 3.8

Gesundheitsversorgung und Prävention

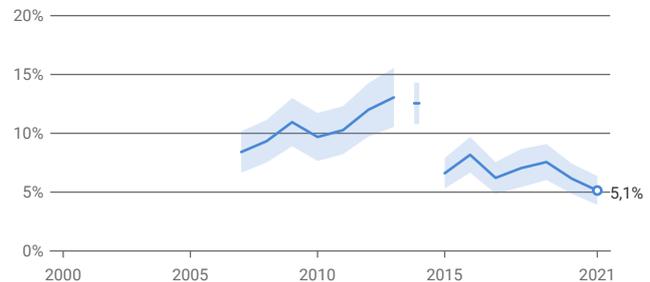
Allen Menschen in der Schweiz steht eine qualitativ hochstehende, bezahlbare und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung zur Verfügung. Präventionsangebote erreichen alle Bevölkerungsgruppen und sind niederschwellig ausgestaltet. Die Lebensbedingungen in der Schweiz sind gesundheitsfördernd. Der Anteil der Personen, die aus finanziellen Gründen auf eine notwendige medizinische Untersuchung oder Behandlung verzichten, geht zurück.

Der **Verzicht auf notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen** zeigt Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung auf. 2021 verzichteten 5,1% der armutsgefährdeten Bevölkerung auf notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen. Dieser Anteil hat sich seit 2015 nicht signifikant verändert.

Allgemein werden vor allem **zahnärztliche Untersuchungen** aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen: Der Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse, der auf den Besuch bei einem Zahnarzt verzichtet, lag 2021 bei 4,6%. Dagegen belief sich dieser Anteil bei den **ärztlichen Leistungen** auf 0,7%.⁸⁴ Dieser Unterschied besteht auch bei der Gesamtbevölkerung (2021: 2,5% bei zahnärztlichen, 0,5% bei

Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen¹ aus finanziellen Gründen

Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung ab 16 Jahren



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2014 und 2015: Brüche in der Zeitreihe
¹ärztliche oder zahnärztliche Leistungen

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) © BFS 2023

ärztlichen Leistungen). Er erklärt sich unter anderem dadurch, dass zahnärztliche Leistungen üblicherweise nicht durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckt sind.

Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz gemessen am Verhältnis der Gesundheitskosten zum BIP zur Spitzengruppe der OECD-Länder. 2021 befand sich die Schweiz an siebter Stelle, an der Spitze lagen die USA, gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Frankreich und Österreich.⁸⁵ 2021 betrug das **Kosten des Gesundheitswesens**⁸⁶ 11,8% des BIP. Seit 2000 haben die Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP um 2,8 Prozentpunkte zugenommen. Zuletzt beliefen sich die absoluten Gesundheitskosten auf 86,3 Milliarden Franken. Diese Kosten wirken sich auf das Haushaltsbudget aus: im Jahr 2021 finanzierten die Haushalte 57,8% der Gesundheitsausgaben. Die obligatorischen Krankenversicherungsprämien der Haushalte deckten allein 29,5% der Gesundheitsausgaben. Der vom Staat finanzierte Anteil der Gesundheitskosten belief sich auf 34,1%, die übrigen 8,1% wurden durch die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen abgedeckt.⁸⁷

Die Krankenversicherungsprämien sind für die Haushalte eine gewichtige Ausgabe. 2021 lebten 4,8% der Bevölkerung in einem Haushalt mit mindestens einem **Zahlungsrückstand bei den Krankenversicherungsprämien**.⁸⁸ Ohne Berücksichtigung der Krankenkassenprämien beliefen sich die Gesundheitsausgaben pro Kopf im Jahr 2021 auf 827 Franken, was gegenüber dem Jahr 2000 einer Zunahme um 67% entspricht.⁸⁸

* Die Armutsgefährdungsgrenze wird von der Europäischen Union bei 60% des verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens angesetzt. Armutsgefährdet zu sein bedeutet demnach, ein deutlich tieferes Einkommen als die Gesamtbevölkerung zu haben und somit dem Risiko des sozialen Ausschlusses ausgesetzt zu sein. Im Jahr 2021 liegt die Armutsgefährdungsgrenze für einen Einpersonenhaushalt bei 30 185 Franken pro Jahr. 14,6% der Bevölkerung der Schweiz oder fast jede siebte Person ist von Armut bedroht. (Quelle: www.statistik.ch → Statistiken finden → Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Soziale Situation, Wohlbefinden und Armut → Armut und Deprivation → Armutsgefährdung).

** Zur Verschuldungsart «Zahlungsrückstände» zählen unbezahlte Mieten oder Hypothekarzinsen für den Hauptwohnsitz, laufende Wasser-, Strom-, Gas- und Heizungsrechnungen, Krankenkassenprämien, Kreditrückzahlungen und Steuern. (Quelle: www.statistik.ch → Statistiken finden → Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Einkommen, Verbrauch und Vermögen → Verschuldung).

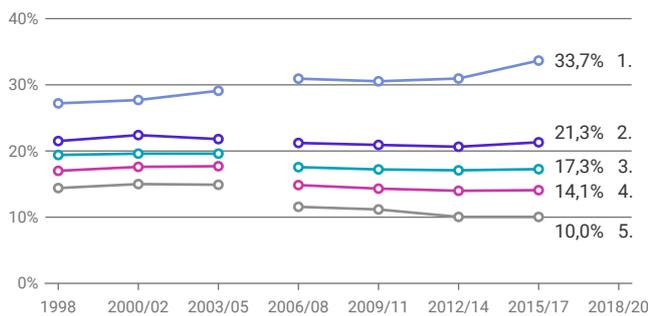
ZIEL 11.1

Erschwinglicher Wohnraum

Der Anteil des preisgünstigen Wohnraums bleibt erhalten und wird in Gebieten mit hohem Bedarf erhöht. Auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen haben Zugang zu preisgünstigem und angemessenem Wohnraum.

Wohnkosten

Anteil der Wohnkosten (inkl. Nebenkosten) am Bruttohaushaltseinkommen, nach Einkommensklassen (Quintile)



2006/08: Änderungen in den Definitionen und der Berechnung der Wohnkosten ; 1. Quintil : unterstes Einkommensfünftel ; 5. Quintil : oberstes Einkommensfünftel

Datenstand: 19.12.2023
 Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE), revidiertes Gewichtungsmmodell 20

© BFS 2023

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und hat einen massgeblichen Einfluss darauf, wie viel Geld für die Deckung der anderen Bedürfnisse übrig bleibt – dies insbesondere bei Haushalten mit tiefem Einkommen. Im Zeitraum 2015–2017 belasteten die **Wohnkosten** das Budget der einkommensschwächsten 20% der Haushalte (unterstes Quintil) dreimal stärker als dasjenige der einkommensstärksten 20% der Haushalte (oberstes Quintil).

Die Suche nach einer passenden Wohnung kann viel Zeit in Anspruch nehmen, die ansonsten für Familie zur Verfügung steht. Ein knappes Angebot kann einen notwendigen Umzug verhindern oder dazu führen, dass das Quartier gewechselt oder eine teurere bzw. kleinere oder weniger gut gelegene Wohnung oder eine solche in weniger gutem Zustand gewählt werden muss. Eine hohe Leerwohnungsziffer erleichtert die Wohnungssuche und die Wohnungswahl und führt zu tendenziell tieferen Mietpreisen. Am 1. Juni 2023 wurden in der Schweiz 54 765 Leerwohnungen gezählt, was einer Leerwohnungsziffer von 1,15% entspricht.⁸⁹ Die **Leerwohnungsziffer pro Kanton** zeigt grosse Unterschiede: 2023 war sie im Jura mit 3,17 % am höchsten, in den Kantonen Genf und Zug mit 0,42% am tiefsten.⁹⁰

Die Mieten in der Schweiz nehmen seit 2017 zu. Dies zeigt der **Mietpreisindex**, der die Entwicklung der Nettomieten der dauerhaft zu Wohnzwecken vermieteten Wohnungen in der Schweiz misst.⁹¹ 2022 lag der Index bei 102,4 (Basis Dezember 2020 = 100).

Eine niedrige Leerstandsquote und hohe Mieten führen ebenfalls dazu, dass Menschen in zu kleinen Wohnungen leben. Ausreichend Platz in der Wohnung ist wichtig für die persönliche Privatsphäre und um ein angenehmes Zuhause gestalten zu können. Überbelegung kann zu negativen Effekten führen wie gesundheitliche Probleme oder bei Kindern Probleme in der Schule.

Die Wohnfläche pro Person ist bei Haushalten mit Kindern kleiner als bei kinderlosen Haushalten. Haushalte mit Kindern haben im Vergleich zu anderen Haushalten auch ein erhöhtes Risiko, in einer **überbelegten Wohnung** zu leben.* Im Jahr 2021 waren Einelternfamilien doppelt so häufig von dieser Situation betroffen als Paarhaushalte mit Kindern (12,8% gegenüber 6,6%). Familien mit drei oder mehr Kindern lebten deutlich häufiger in einer überbelegten Wohnung als solche mit einem Kind (17,8% gegenüber 2,4%). Das Einkommen spielt eine wichtige Rolle: Während 13,6% der Haushalten mit Kindern mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen in der niedrigsten Einkommensklasse (erstes Quintil) in einer überbelegten Wohnung lebten, waren es bei den Haushalten mit einem Einkommen in der höchsten Einkommensklasse (letztes Quintil) nur noch 2,1%.⁹²

* Überbelegte Wohnung: Eine Person wird dann als in einer überbelegten Wohnung lebend gezählt, wenn die Wohnung nicht über eine entsprechende Mindestzahl von Räumen verfügt, die sich wie folgt bemisst: Ein Raum pro Haushalt; ein Raum pro Paar, das im Haushalt lebt; ein Raum pro ledige Person ab 18 Jahren; ein Raum für zwei ledige Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren; ein Raum pro ledige Person im Alter von 12 bis 17 Jahren, die nicht der vorhergehenden Kategorie zuzuordnen ist; ein Raum für zwei Kinder unter 12 Jahren. Eine Wohnküche von mindestens 4 m² zählt als ein Zimmer. (Quelle: 11 Wohnverhältnisse (Familien in der Schweiz) – SwissStats Webviewer (admin.ch)).

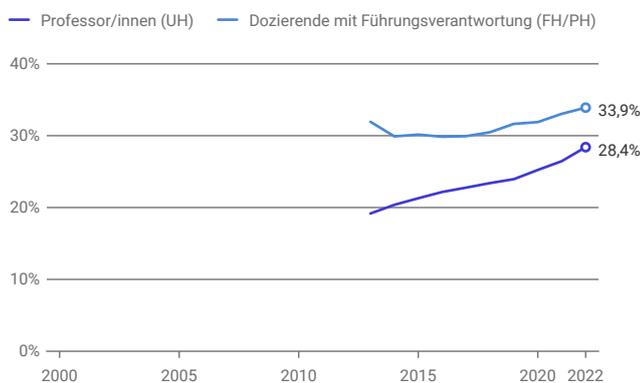
ZIEL 4.3

Zugang zu Bildung

Der Zugang zu einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung – auch auf Tertiärstufe – eröffnet ökonomische und soziale Chancen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder sozialem Status.

Lehrkräfte an Hochschulen

Professor/-innen und Dozierende mit Führungsverantwortung, Frauenanteile



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Statistik der Lehrkräfte und des Personals im Bildungswesen © BFS 2023

Der Frauenanteil im Lehrkörper der universitären Hochschulen, der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen ist ein Beispiel für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in den Ausbildungsgängen. Professorinnen sind auch Vorbilder für Studentinnen, insbesondere in Studiengängen, in denen sie unterrepräsentiert sind. 2022 betrug der **Frauenanteil bei den Lehrkräften** an den universitären Hochschulen 28,4%. An den Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen lag dieser Anteil bei 33,9%. Seit 2013 sind diese Anteile um 31,6% bzw. um 7,4% gestiegen.

Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II öffnet nicht nur den Zugang zur nächsten Bildungsstufe, sondern bereitet junge Erwachsene ebenfalls darauf vor, als qualifizierte Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einzutreten. **Jugendliche, die ihre Ausbildung frühzeitig abbrechen**, stellen eine potentielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft erschweren.⁹³ Bei der 18- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung, die das Bildungssystem ohne Abschluss der Sekundarstufe II verlässt, unterscheidet sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von jenem der Personen ohne Migrationshintergrund. 2022 haben 4,1% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund das Bildungssystem frühzeitig verlassen, bei jenen mit Migrationshintergrund belief sich dieser Anteil auf 11,3%.⁹⁴

Vom Bildungssystem wird erwartet, dass der **Zugang zur höheren Bildung** nicht von der sozialen Herkunft oder dem Bildungsniveau der Eltern abhängig ist.⁹⁵ 2021 lag der Anteil Personen mit einem Tertiärabschluss bei Personen mit Eltern ohne nachobligatorischem Abschluss (20%) deutlich tiefer als bei Personen, bei denen mindestens ein Elternteil einen Abschluss der Sekundarstufe II (43%) oder einen Tertiärabschluss (73%) erzielt hat. Unabhängig vom Bildungsstand der Eltern erreichen die jüngeren Generationen häufiger einen Tertiärabschluss als die älteren Generationen.

Die **Teilnahme an Weiterbildungen** ermöglicht, die eigenen Kenntnisse zu erweitern, den Wandel in unserer Gesellschaft zu verstehen und sich Veränderungen anzupassen. Nicht zuletzt schafft Weiterbildung auch persönliche Zufriedenheit, die mit Gleichgesinnten geteilt werden kann. Im Jahr 2022 besuchten 16,5% der Bevölkerung eine Weiterbildung.* Dieser Anteil lag bei Frauen (16,8%) höher als bei Männern (16,2%). Ein Unterschied besteht auch zwischen Schweizerinnen und Schweizern (16,9%) und Personen ausländischer Nationalität, die nicht in der Schweiz eingeschult wurden (15,4%). Mit steigendem Bildungsniveau wächst der Anteil der Personen, die an Weiterbildungen teilnehmen: 2022 absolvierten 4,7% der Personen ohne nachobligatorischen Abschluss eine Weiterbildung, bei den Personen mit einer Ausbildung auf Sekundarstufe II waren es 11,6% und bei jenen mit Tertiärausbildung 25,6%.⁹⁶

Für **Menschen mit Behinderungen** ist die **Weiterbildung** (im Sinne von Fortbildung oder neuer Ausbildung) zudem oftmals unumgänglich, um ihre Fähigkeiten zu stärken oder wiederherzustellen, damit sie sich weiter am Arbeitsmarkt beteiligen können, wenn sie ihren Beruf aufgrund der Behinderung nicht mehr normal ausüben können. Im Jahr 2020 war der Anteil der Menschen mit Behinderungen, die an einer nicht formalen Weiterbildung (Kurs, Seminar, Konferenz usw.) teilgenommen haben, kleiner als jener der Menschen ohne Behinderungen (21,8% gegenüber 24,9%). Bei den Menschen mit Behinderungen, die stark eingeschränkt sind, ist der Anteil mit 8,7% noch kleiner.⁹⁷

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

1.2	Armutquote	↘	↗	■
3.8	Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen aus finanziellen Gründen	↘	↘	■
11.1	Wohnkosten	↘	→	■
4.3	Lehrkräfte an Hochschulen	↗	↗	■

* Dieser Indikator zeigt den Anteil in Prozent an der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 74 Jahren, die in den 4 Wochen vor der Befragung an nicht-formalen Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen hat. (Quelle: www.statistik.ch → Statistiken finden → Bildung und Wissenschaft → Bildungsindikatoren → Weiterbildungsteilnahme).

2.3.2 Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen

Der soziale Zusammenhalt, die Integration und die Partizipation sämtlicher Bevölkerungsgruppen aus allen Regionen am wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben (10.2, 11.a, 8.5 (a) und 10.7) sind grundlegende Bedingungen für das gute Funktionieren und das Wohlergehen der Gesellschaft. Das Verbot jeglicher Form von Diskriminierung (10.3) und die Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen mithilfe von Systemen der sozialen Sicherheit (1.3) sind Massnahmen in diese Richtung, die sich aus dem Grundsatz der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen, ableiten.

ZIEL 10.2

Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben

Die Demokratie wird gestärkt durch die Schaffung von Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten an der gesellschaftlichen Entwicklung und an Entscheidungsprozessen, namentlich für Personen, die vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind, sowie Kinder und Jugendliche.

Die Teilnahme an der Politik und am Gemeinschaftsleben (z. B. in Vereinen) sind anerkannte Indikatoren dafür, wie stark eine Person am gesellschaftlichen Leben teilhat und in ihre Umgebung eingebunden ist. Sie geben Auskunft über das Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören und darin einen Platz und ein Mitspracherecht zu haben.

Die **Teilnahme bzw. Mitgliedschaft in Vereinen oder Gruppen** ist ein Zeichen der aktiven Mitgestaltung der Lebensumwelt und damit ein Ausdruck der sozialen Integration. 2020 beteiligten sich 44,1% der Wohnbevölkerung der Schweiz als Aktivmitglieder an den Aktivitäten von Vereinen, Gesellschaften, Klubs, politischen Parteien oder anderen Gruppen. Die **Bevölkerung ohne Migrationshintergrund** engagierte sich signifikant häufiger aktiv als die **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** (52,8% gegenüber 29,0% für die erste Generation und 34,3% für die zweite oder höhere Generation).⁹⁸

Im Jahr 2020 nahmen mehr als ein Drittel der **Menschen mit Behinderungen** (38%) **aktiv am Vereinsleben teil**. Bei den stark eingeschränkten Personen war es rund ein Viertel (24%). Menschen ohne Behinderungen weisen im Vergleich jedoch einen höheren Anteil auf (45%). Die Behinderung schränkt die soziale Partizipation in diesem Bereich also deutlich ein.⁹⁹

Die **Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen** zeugt vom Interesse der Bevölkerung an den politischen Prozessen. Der Anteil der Personen, die 2020 erklärt haben, dass sie an mindestens 8 von 10 eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen, ist bei den Schweizerinnen und Schweizern ohne Migrationshintergrund signifikant höher (68%) als bei jenen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (61%) und der zweiten oder höheren Generation (56%).¹⁰⁰ Für Ausländerinnen und Ausländer bestehen eingeschränkte Möglichkeiten, sich durch Stimm- und Wahlrecht aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen. Wegen des

Föderalismus in der Schweiz bestehen jedoch erhebliche kantonale und, manchmal, kommunale Unterschiede. Auf kantonaler Ebene gewähren nur die Kantone Neuenburg und Jura ausländischen Staatsbürgern das Stimmrecht und das passive Wahlrecht unter bestimmten Bedingungen.

ZIEL 11.a

Räumliche Vielfalt und Disparitäten

Der Bund trägt den spezifischen und gemeinsamen Herausforderungen von Städten und Gemeinden, Agglomerationen, ländlichen Räumen und Berggebieten adäquat Rechnung und wirkt auf eine kohärente Raumentwicklung hin, die zur Minderung negativer regionaler Disparitäten und zur Erhaltung regionaler Vielfalt sowie zu einem zukunftsfähig gestalteten Lebensraum beiträgt.

Der Grundsatz, niemanden zurückzulassen, lässt sich auch auf den Raum beziehen: Regionale Ungleichheiten müssen unter Berücksichtigung der Vielfalt der Gebiete verringert werden. Eine ausreichende Grundversorgung mit im Alltag benötigten Gütern und Dienstleistungen ist für die Lebensqualität und die Attraktivität eines Ortes von grosser Bedeutung.

Die **mittlere Distanz zur nächstgelegenen öffentlichen Verkehr-Haltestelle** zeigt die Erreichbarkeit der öffentlichen Verkehrsmittel und illustriert, inwieweit die Voraussetzungen für eine umweltschonende und für alle Personen gut erreichbare Mobilität gegeben sind. Der Indikator zeigt die durchschnittliche Distanz gemäss Strassennetz vom Wohnort bis zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Der Indikator gibt keine Auskunft über andere wichtige Kriterien der Mobilität, wie Bedienungshäufigkeit der Haltestellen, Verbindungen, Fahrtdauer oder Preis. Im Jahr 2020 betrug die durchschnittliche Distanz bis zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs 344 Meter. In städtischen Gebieten fiel sie mit 275 Metern geringer aus, im ländlichen Raum war sie mit 517 Metern dagegen höher. Diese Distanzen haben sich seit 2015 nicht signifikant verändert. Wird die Bedienungshäufigkeit der Haltestellen berücksichtigt, lagen Haltestellen mit hoher Kadenz in städtischen Gebieten 2152 Meter, in ländlichen 10 802 Meter entfernt (Werte von 2018).¹⁰¹

Lebensmittelgeschäfte gehören zu den besonders **zugänglichen** Dienstleistungen. 2018 lag die durchschnittliche Distanz zwischen dem Wohnort und dem nächsten Lebensmittelgeschäft bei 639 Metern. In städtischen Gebieten waren es 465 Meter, in ländlichen 1224 Meter. Diese regionalen Disparitäten sind bei den – in der Regel seltener aufgesuchten – **Angeboten im Kultur- oder Gesundheitsbereich** grösser. Beispielsweise lag das nächste Kino in städtischen Gebieten 3199 Meter vom Wohnort entfernt, in ländlichen 10 995 Meter. Die Distanz zu Arztpraxen und ambulanten Zentren belief sich 2018 in städtischen Gebieten im Durchschnitt auf 554 Meter, in ländlichen war sie fünfmal grösser (2559 Meter).¹⁰²

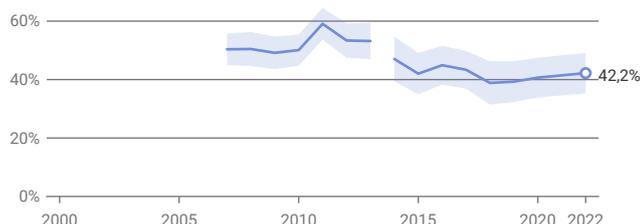
ZIEL 8.5 (a)

Integration von Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderung sind in den Arbeitsmarkt integriert.

Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderungen

Anteil der Erwerbstätigen an der 16- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung mit stark einschränkenden Behinderungen, die in einem Privathaushalt lebt



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2014: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) © BFS 2023

Die **Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt** ist ein wichtiges Anliegen der Chancengleichheit. Sie ermöglicht, die finanzielle Eigenständigkeit dieser Personen zu verbessern, ihre Kompetenzen zu erhalten und zu steigern sowie ihre persönliche Entwicklung und die Teilnahme an der Zivilgesellschaft zu fördern. 42,2% der Personen mit starken Einschränkungen waren 2021 erwerbstätig. Dieser Anteil beläuft sich auf 67,9%, wenn sämtliche Menschen mit Behinderungen (mit geringen oder starken Einschränkungen) berücksichtigt werden, und auf 83,7% bei den Menschen ohne Behinderungen. Seit 2007 haben sich diese Anteile nicht signifikant verändert.¹⁰³

Von den **erwerbstätigen Menschen mit Behinderungen arbeiten 49,6% Teilzeit** (weniger als 36 Stunden pro Woche), während dies bei Menschen ohne Behinderungen nur bei 36,7% der Fall ist (Werte von 2021). Dieser Unterschied hängt stark mit der Behinderung zusammen: 19,3% der teilzeitbeschäftigten Personen mit Behinderungen (stark eingeschränkte Personen: 49,4%) geben an, in erster Linie aus gesundheitlichen Gründen nicht vollzeitlich tätig zu sein.¹⁰⁴

2021 waren 65,1% der **Frauen mit Behinderungen beschäftigt**. Gegenüber Männern mit Behinderungen (71,7%) und Frauen ohne Behinderungen (79,8%) sind sie am Arbeitsmarkt weniger stark vertreten.¹⁰⁵ Dies aus zweierlei Gründen: weil sie eine Behinderung haben und weil sie Frauen sind. Die Erwerbslosenquote der Frauen mit Behinderungen belief sich im Jahr 2021 auf 4,4% und jene der Männer mit Behinderungen auf 6,2%, gegenüber 3,9% bzw. 3,5% bei den Frauen und Männern ohne Behinderungen.

Die **Erwerbsbeteiligung der Menschen mit Behinderung** verringert sich wie bei der Bevölkerung ohne Behinderungen **mit zunehmendem Alter**. Der Unterschied bei der Erwerbsbeteiligung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen besteht während der gesamten beruflichen Laufbahn und ist bei den 40- bis 64-Jährigen am ausgeprägtesten. 2021 waren 74,4% der Personen zwischen 16 und 29 Jahren mit Behinderungen erwerbstätig, gegenüber 81,0% der gleichen Altersgruppe ohne Behinderungen. Bei den 40- bis 64-Jährigen mit Behinderungen belief sich die Erwerbsbeteiligung auf 65,1%, bei jenen ohne Behinderungen 87,2%. Bei den Personen ab 65 Jahren lagen die entsprechenden Anteile bei 9,2% bzw. 13,0%.¹⁰⁶

ZIEL 10.7

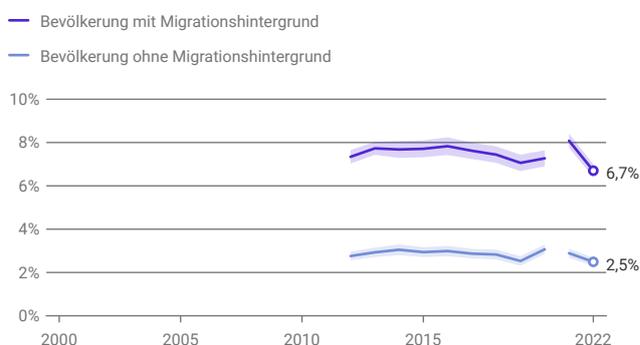
Migration und Integration

Die Zuwanderung erfolgt sicher, regulär und berücksichtigt den wirtschaftlichen Wohlstand sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz. Flüchtlingen und schutzbedürftigen Personen wird Schutz gewährt. Dabei werden die geschlechter- und altersspezifischen Bedürfnisse und Verletzlichkeiten berücksichtigt. Die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration nach Europa werden angegangen und die Integration von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten wird gefördert und eingefordert.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist eine grundlegende Voraussetzung für die selbstständige Existenzsicherung. Ausserdem ist sie ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und somit für die Integration.

Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Migrationsstatus

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 74-jährigen Erwerbsbevölkerung



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2023

Die **Erwerbsquote** der Bevölkerung hat seit 2012 unabhängig des Migrationsstatus zugenommen. Im Jahr 2021 betrug die Erwerbsquote der Personen ohne Migrationshintergrund 85,3%, diejenige der **Personen mit Migrationshintergrund** lag mit 81,1% etwas tiefer.¹⁰⁷ Frauen weisen ungeachtet ihres Migrationsstatus eine tiefere Erwerbsquote auf als Männer. Dies trifft auch bei einer Umrechnung in Vollzeitäquivalente zu.

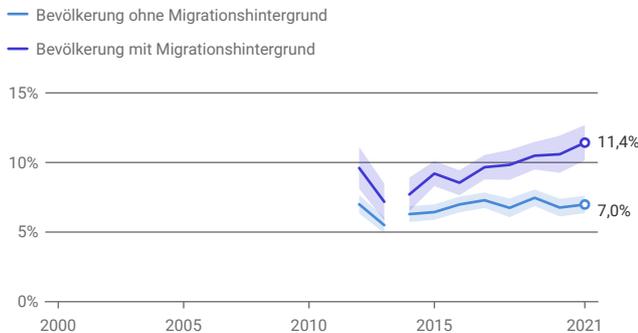
Unabhängig vom Migrationsstatus hat sich die **Erwerbslosenquote gemäss ILO¹⁰⁸** seit 2012 insgesamt nicht signifikant verändert. Bei **Personen mit Migrationshintergrund** (6,7%) ist sie jedoch im Schnitt dreimal höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund (2,5%). Personen mit Migrationshintergrund der ersten Generation sind tendenziell stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als die nachfolgenden Generationen.

Frauen mit Migrationshintergrund waren 2022 stärker von Erwerbslosigkeit betroffen (7,5%) als **Männer** derselben Bevölkerungsgruppe (6,0%). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist es umgekehrt: Männer waren mit 2,6% häufiger erwerbslos als Frauen mit 2,4%.¹⁰⁹

Ein erschwerender Faktor für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt können mangelnde **Sprachkenntnisse** sein. Im Jahr 2017 erachtete es gut die Hälfte aller Erwerbslosen mit Migrationshintergrund als notwendig, ihre Kenntnisse einer Landessprache zu verbessern, um eine geeignete Arbeit zu finden. Bei den Erwerbslosen ohne Migrationshintergrund gelangte rund ein Drittel der Befragten zu dieser Einschätzung.¹¹⁰

Armutsquote nach Migrationsstatus

Armutsquote der ständigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

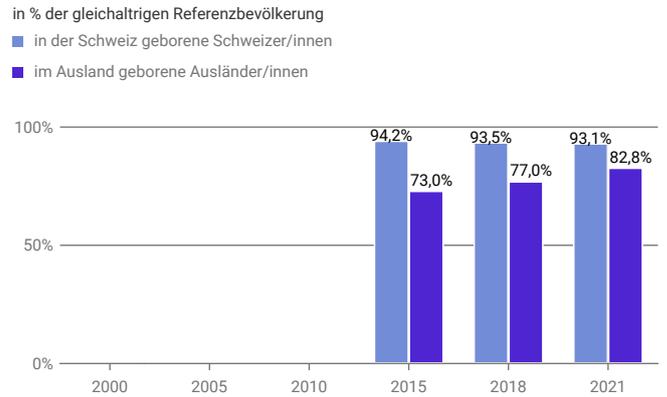
2014: Bruch in der Zeitreihe

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) © BFS 2023

Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ist eine der Hauptursachen für Armut. 2021 lag die **Armutsquote** der Bevölkerung ab 16 Jahren bei 8,7%. Diese Quote war bei der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** höher als bei jener ohne (11,4% bzw. 7,0%). In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der zweiten oder höheren Generation unterschied sich die Armutsquote nicht signifikant von jener der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹¹¹

Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II

Erwerb eines Erstabschlusses bis zum vollendeten 25. Altersjahr



Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Längsschnittanalysen im Bildungsbereich (LABB) © BFS 2023

Jugendliche ohne nachobligatorische Ausbildung (Abschluss der Sekundarstufe II) stellen eine potentielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft erschweren. Die Herkunft einer Person kann ihre Chancen entscheidend prägen. 2021 verfügten 93,1% der **in der Schweiz geborenen Personen im Alter bis 25 Jahre** über einen **Abschluss auf Sekundarstufe II**. Bei den **im Ausland geborenen jugendlichen Ausländern** lag dieser Anteil bei 82,2%. Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen hat seit 2015 um 51,4% abgenommen.

Im Jahr 2022 finden 59% der Bevölkerung, also etwa sechs von 10 Personen, dass die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz gut funktioniert.¹¹²

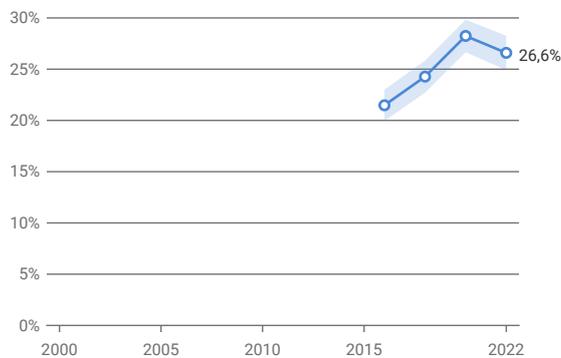
ZIEL 10.3

Diskriminierung

Niemand wird diskriminiert, namentlich nicht wegen der Herkunft, der «Rasse», des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Opfer von Diskriminierung

Anteil der befragten Personen, der Opfer von Diskriminierung wurde (Selbstdeklaration)



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz (ZiS) © BFS 2023

2022 gaben 26,6% der Bevölkerung an, **Opfer von Diskriminierung** geworden zu sein. Dieser Anteil ist seit 2016 um 23,8% gestiegen. Der Indikator zeigt den Anteil der Bevölkerung, der in den letzten fünf Jahren aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit in der Schweiz Opfer von Diskriminierung wurde. Es handelt sich dabei um eine Selbsteinschätzung: Die genannten Werte entsprechen nicht den Diskriminierungsfällen, die durch die Beratungs- oder Meldestellen erfasst wurden (manifeste Vorfälle, ohne Verurteilung) bzw. den Sanktionen. Zwischen Frauen und Männern ist kein signifikanter Unterschied festzustellen. Jede fünfte Person (20%) ohne Migrationshintergrund gab an, Diskriminierung erfahren zu haben. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war dieser Anteil fast doppelt so hoch (37,1%).¹¹³

Diskriminierungserfahrungen wurden 2022 häufiger angegeben als Erfahrungen **körperlicher Gewalt** (2,2% der Bevölkerung) oder **psychischer Gewalt** (12,1%).¹¹⁴

Diskriminierung kann in verschiedenen Kontexten und **Situationen** vorkommen. 2022 traten Diskriminierungen insbesondere am Arbeitsplatz und bei der Stellensuche (54%), im öffentlichen Raum (29%) sowie in der Schule bzw. bei der Ausbildung (23%) auf.¹¹⁵

Die häufigsten **Diskriminierungsgründe** waren die Nationalität (50%), die Sprache (34%) und das Geschlecht (27%).¹¹⁶ Darüber hinaus waren sechs von zehn Personen der Ansicht, dass Rassismus in der Schweiz ein ernsthaftes Problem ist.¹¹⁷

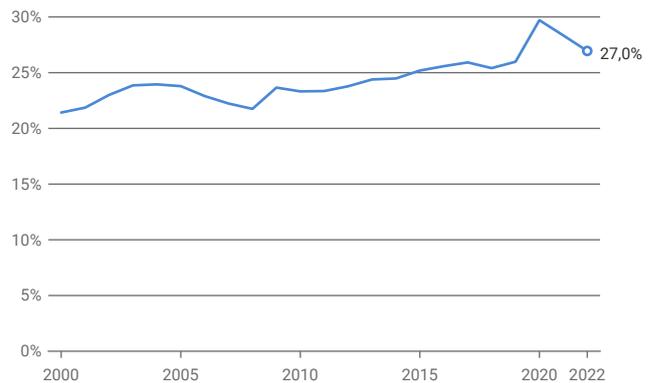
ZIEL 1.3

Soziale Sicherheit

Die Deckung durch die Sozialversicherungen ist erhalten, diese sind finanziell konsolidiert und an die gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Zusammen mit weiteren Bedarfsleistungen der Kantone decken sie soziale Risiken angemessen ab.

Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit

In Prozenten des Bruttoinlandprodukts



2022: provisorisch

Datenstand: 19.12.2023
Quelle: BFS – Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS) © BFS 2023

Das System der sozialen Sicherheit umfasst die Gesamtheit der Massnahmen öffentlicher oder privater Institutionen mit dem Ziel, Personen oder Haushalte vor gewissen sozialen Risiken zu schützen und deren Existenz zu sichern. Die soziale Sicherheit ist eine gesellschaftliche Antwort auf das Prinzip «Niemanden zurücklassen». Der demografische Wandel stellt jedoch die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherheit in Frage. Die **Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit, ausgedrückt in Prozent des BIP**, geben Auskunft über die relative Belastung der Gesellschaft durch die soziale Sicherheit. Dieses Verhältnis ist von 21,4% im Jahr 2000 auf 27,0% im Jahr 2022 angestiegen. In **absoluten Zahlen** wurden die **Ausgaben für die Soziale Sicherheit** im Jahr 2022 auf 208 Milliarden Franken geschätzt, ein im Vergleich zu 2021 stabiler Betrag (+0,2%).¹¹⁸ Zwischen 2019 und 2020 waren sie im Kontext der Covid-19-Pandemie um 11% angestiegen. 2021 entsprach dies 23 700 Franken pro Kopf bzw. einem Anstieg um 6400 Franken im Vergleich zu 2005.¹¹⁹ Die Entwicklung der Ausgaben für die soziale Sicherheit ist nicht eindeutig interpretierbar. Sie kann einerseits auf eine höhere Gewichtung der Bedürfnisse der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, aber auch auf einen wachsenden Bedarf in diesen Gruppen hinweisen (wachsende Disparitäten, Bevölkerungsalterung).

Die Einnahmen des Systems der sozialen Sicherheit sollen die Ausgaben für Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten und weitere Ausgaben decken. Die **Einnahmen der sozialen Sicherheit in Prozenten des BIP** geben in diesem Kontext Auskunft über die relative Belastung der Volkswirtschaft durch das System der sozialen Sicherheit. Im Zeitraum 2000 bis 2020 ist dieses Verhältnis von 28,0% auf 36,6% gestiegen.¹²⁰

Als Folge der angestiegenen Lebenserwartung nimmt der Druck auf die Sozialversicherungen zu. Dies betrifft in unmittelbarer Form umlagefinanzierte Systeme wie die AHV, aber auch die berufliche Vorsorge (BV), die über ein Kapitaldeckungsverfahren finanziert wird.

Für die langfristige und nachhaltige finanzielle **Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)** ist ein positives Umlageergebnis eine wichtige Voraussetzung (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen). 2022 wies sie zum dritten Mal seit 2013 ein positives Umlageergebnis aus: Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben um 1631 Millionen Franken. Das positive Ergebnis war hauptsächlich auf eine im Jahr 2019 beschlossene Zusatzfinanzierung zurückzuführen.* Insgesamt stand 2022 einem Einnahmenwachstum von 3,2% ein Ausgabenwachstum von 1,7% gegenüber.¹²¹ Die Finanzreserve der AHV, der Ausgleichsfonds, lag 2022 unterhalb der Ausgaben eines Jahres.

Das Ergebnis bei der **beruflichen Vorsorge** ist im Vergleich zu den Sozialversicherungszweigen, die über das Umlageverfahren finanziert werden, jedoch nur bedingt aussagekräftig, da die Einflussfaktoren auf Einnahme- wie Ausgabeseite ihre Wirkung nicht gleichzeitig entfalten. Anstelle des Ergebnisses kann deshalb der Anteil der Sozialleistungen der BV, der durch Kapitalerträge finanziert wird, Aufschluss über die längerfristige Finanzierung der BV geben. Waren es im Jahr 2000 noch 81,8%, so reichten die Kapitalerträge 2021 noch, um 40,4% der Sozialleistungen der BV zu finanzieren.¹²²

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

10.2	Indikator in Entwicklung			
11.a	Indikator in Entwicklung			
8.5 (a)	Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderungen	↗	↘	■
10.7	Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus	↘	↘	■
	Armutsquote nach Migrationsstatus	↘	↗	■
	Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II	↘	↘	■
10.3	Opfer von Diskriminierung	↘	↗	■
1.3	Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit		↗	■

* Volksabstimmung zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) im Mai 2019.

2.3.3 Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten

Die Gleichstellung der Geschlechter ist aufgrund des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit ein wichtiger Pfeiler der Agenda 2030. Es gilt, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen sicherzustellen. Eine ausgewogene Vertretung der Frauen auf allen Hierarchiestufen trägt zur Geschlechtergleichheit und einer gerechteren Verteilung von Einfluss und Einkommen bei (5.1, 5.4, 8.5 (b), 5.5). Um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, muss auch jede Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen beseitigt werden (5.2).

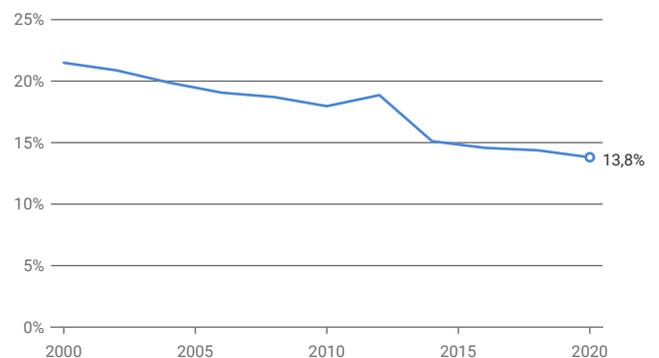
ZIEL 5.1

Gleichstellung von Frau und Mann

Mann und Frau sind gleichberechtigt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf, in der Ausbildung, in der Politik wie auch in der Familie ist gewährleistet. Das Gesetz sorgt nicht nur für die formale, sondern auch für die tatsächliche Gleichstellung.

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern

Lohnunterschied¹ zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor



¹Werte auf Basis des Medianlohns

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE)

© BFS 2023

Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Der restliche Anteil der Lohnunterschiede kann nicht durch diese objektiven Faktoren erklärt werden und wird als unerklärter Anteil bezeichnet. Der Indikator zeigt den **Lohnunterschied** (standardisiert auf ein Vollzeitäquivalent) zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor.

2020 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 5779 Franken, jener der Männer 6705 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 13,8%. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat im privaten Sektor seit 2000 abgenommen.

Im Jahr 2020 waren im privaten Sektor, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert,¹²³ 45,3% (d. h. 724 Franken pro Monat) des Lohnunterschieds zwischen Frauen und Männern unerklärt.¹²⁴

Im privaten Sektor nimmt der **Lohnunterschied** überdies **mit dem Alter** zu: 2020 verdienten die 20- bis 29-jährigen Frauen 6,2% weniger, die 30- bis 39-jährigen Frauen 7,5% weniger, die 40- bis 49-jährigen Frauen 14,9% weniger als die Männer der gleichen Altersklasse und die 50- bis 64-jährigen Frauen 18,3% weniger als die Männer im Alter von 50 bis 65 Jahren.¹²⁵

Die Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Frauen in **Berufen mit tiefen Lohnniveaus** überproportional vertreten sind: 2020 war der Anteil weiblicher Arbeitnehmender mit einem tiefen Lohn im privaten und öffentlichen Sektor zusammen (< 4443 Franken) zweimal so gross wie jener der männlichen Arbeitnehmenden. Männer sind im Gegenzug in Berufen mit hohen Lohnniveaus überproportional vertreten.¹²⁶

Zur besseren Differenzierung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern berücksichtigt der Indikator der **geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschiede** (*Gender Overall Earnings Gap*, GOEG) nebst dem Erwerbseinkommen (Bruttostundenlohn) auch die Unterschiede bei der monatlichen Arbeitszeit in Stunden und bei der Erwerbsbeteiligung. Der GOEG belief sich im Jahr 2018 auf 43,2%. Dies bedeutet, dass das über das gesamte Erwerbsleben kumulierte Erwerbseinkommen der Frauen um 43,2% tiefer ist als jenes der Männer. Im Lauf der Zeit ist dieser Wert gesunken (2014: 44,9%; 2016: 43,3%).¹²⁷

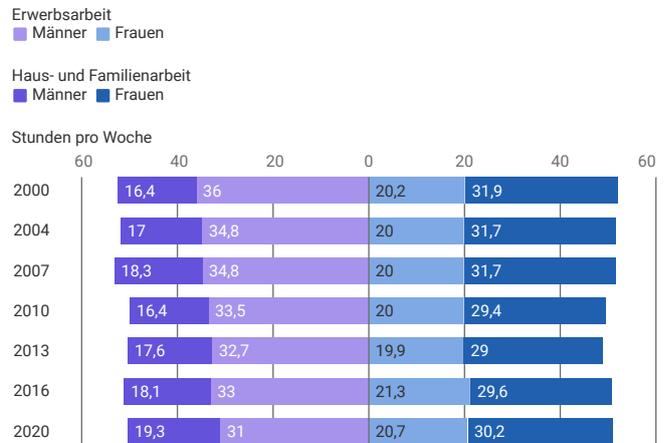
ZIEL 5.4

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit
Erwerbsarbeit und unbezahlte Haus- und Familienarbeit sind ausgewogener auf die Geschlechter verteilt. Frauen und Männer profitieren von den entsprechenden Rahmenbedingungen, welche die Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Erwerbsleben sowie die ausgeglichene Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Haus- und Familienarbeit begünstigen.

Um die Gleichstellung verwirklichen zu können, müssen Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten haben, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren. Dies kann unter anderem durch familienfreundliche Bedingungen begünstigt werden, wie familienergänzende Kinderbetreuung oder die Möglichkeit für beide Geschlechter, einer wirtschaftlich tragfähigen und steuerlich attraktiven Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Neben diesen strukturellen Faktoren können die Unterschiede bei der Aufteilung zwischen bezahlter Arbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit auch auf individuelle Entscheide zurückgehen.

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

Ständige Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren



2010: Revision der SAKE

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – SAKE, Modul «Unbezahlte Arbeit»

© BFS 2023

Die Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

zeigt, dass Männer und Frauen in etwa gleich viel arbeiten, insgesamt etwa 50 Stunden pro Woche. 2020 investierten die 15- bis 64-jährigen Frauen mehr Zeit in die Haus- und Familienarbeit (30,2 Stunden pro Woche) als die gleichaltrigen Männer (19,3 Stunden pro Woche). Bei der bezahlten Arbeit ist die Situation umgekehrt: 2020 leisteten die Frauen 20,7 Stunden und die Männer 31 Stunden bezahlte Arbeit pro Woche.

In Paarhaushalten (beide Partner im Alter von 25–54 Jahren) mit Kindern reduziert die Frau häufig ihr Erwerbsspensum oder verzichtet (vorübergehend) ganz auf eine Erwerbstätigkeit. Am häufigsten wird ein **Erwerbsmodell** mit vollzeiterwerbstätigem Vater und teilzeiterwerbstätiger Mutter gewählt: Jeder zweite Paarhaushalt mit jüngstem Kind unter 13 Jahren wählte im Jahr 2022 dieses Modell. Nur in 7,1% der Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder) waren beide Partner teilzeiterwerbstätig.¹²⁸

In zwei Dritteln der Paarhaushalte (beide Partner im Alter von 25–54 Jahren) mit Kindern unter 13 Jahren erledigte 2018 hauptsächlich die Frau die Hausarbeit. Die **Verantwortung der Partnerin für die Hausarbeit** hat in Paarhaushalten mit Kindern zugunsten der gemeinsamen Verantwortung abgenommen.¹²⁹

Im Jahr 2020 hat die gesamte ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in der Schweiz 9,8 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet, was im Durchschnitt 1350 Stunden pro Person bedeutet. Im Vergleich dazu hat die gleiche Bevölkerung 7,6 Milliarden Stunden gegen Bezahlung gearbeitet. Die gesamte im Jahr 2020 geleistete unbezahlte Arbeit entspricht einem Geldwert von 434 Milliarden Franken. Die **Frauen** übernahmen 60,5% des **unbezählten Arbeitsvolumens**, die Männer 61,4% des bezahlten Arbeitsvolumens. Die Hausarbeiten machten mit 7,6 Milliarden Stunden gut drei Viertel des Gesamtvolumens an unbezahlter Arbeit aus. Die Betreuungsaufgaben für Kinder und Erwachsene im eigenen Haushalt lassen sich mit 1,6 Milliarden Stunden oder 16% des Gesamtvolumens pro Jahr beziffern.¹³⁰

Die **externe Kinderbetreuung erlaubt es Familien**, die beruflichen Verpflichtungen und die Verantwortung für die Familie zu vereinbaren. 2021 wurde für rund 60% der Kinder unter 13 Jahren familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch genommen (mindestens einmal pro Woche). Etwas mehr als ein Drittel der Kinder (36%) besuchten eine Kindertagesstätte oder eine schulergänzende Betreuungseinrichtung, z. B. eine Tagesschule oder einen Hort. 28% wurden von den Grosseltern betreut.¹³¹ Die familienergänzende Kinderbetreuung wird regional von den Haushalten sehr unterschiedlich genutzt, was unter anderem mit der Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten zusammenhängt.¹³²

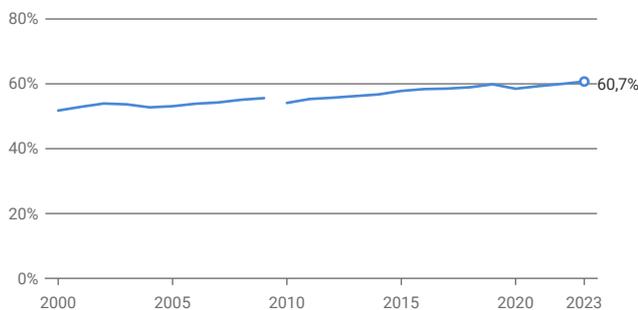
ZIEL 8.5 (b)

Wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frau und Mann

Die Erwerbsbeteiligung und das Erwerbsvolumen der Frauen erhöht sich. Frauen und Männer sind ökonomisch unabhängig und während des ganzen Lebens eigenständig sozial abgesichert. Die Lohnungleichheit ist beseitigt und das Rentengefälle zwischen Frauen und Männern verringert sich.

Erwerbsquote der Frauen

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (15- bis 64-jährige Frauen), in Vollzeitäquivalenten



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus. 2010: Bruch in der Zeitreihe

Datenstand: 19.12.2023
 Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) © BFS 2023

Frauen werden durch ihre Integration in den Arbeitsmarkt finanziell unabhängiger und können am Berufsleben teilnehmen. Ausserdem lässt sich dadurch das Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen. Die **Erwerbsquote** der 15- bis 64-jährigen **Frauen**, ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, hat seit Ende der 1990er-Jahre insgesamt zugenommen. Im zweiten Quartal 2023 betrug sie 60,7%. Dabei besteht ein leichter Unterschied zwischen Ausländerinnen und Schweizerinnen, wobei die Erwerbsquote der Schweizerinnen tiefer liegt. Die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten der Männer lag im zweiten Quartal 2023 mit 84,1% höher als jene der Frauen (60,7%).¹³³ Wird die Erwerbsquote nicht in Vollzeitäquivalenten ausgewiesen, so ist sie für Frauen (80,1%) wie

auch für Männer (87,6%) höher.¹³⁴ Hierbei fällt der Unterschied für Frauen grösser aus als für Männer. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger teilzeitbeschäftigt sind.

Die **familiäre Situation** spielt bei der Erwerbsbeteiligung der Frauen eine wichtige Rolle. Die Anwesenheit von Kindern im Haushalt bedeutet für Frauen oft eine Unterbrechung oder eine signifikante Verringerung des Pensums. 2022 betrug die Erwerbsquote der Frauen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren lebten, in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt 46,9%. In Haushalten, in denen das jüngste Kind zwischen 7 und 14 Jahre alt war, lag dieser Wert bei 58,0%, während er bei denjenigen ohne Kinder unter 15 Jahren 63,8% betrug. Die Erwerbsquote der Frauen steigt also tendenziell mit zunehmendem Alter der Kinder an.¹³⁵

Die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten steigt auch mit dem **Bildungsniveau** an. 2022 wiesen die Frauen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe in der Regel eine höhere Erwerbsquote auf (69,3%) als diejenigen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II (58,7%) oder ohne nachobligatorische Ausbildung (44,8%).¹³⁶

Die Tatsache, dass Frauen – hauptsächlich aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit häufiger unterbrechen und mehr Teilzeit arbeiten, die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Arbeitswelt wie beispielsweise beim Zugang zu Karrieremöglichkeiten sowie die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern (→ Ziel 5.1 im gleichen Kapitel) führen zu Ungleichheiten bei der Altersrente.

Unter dem Begriff **«Gender Pension Gap»** wird der prozentuale Unterschied der durchschnittlichen Renten aus der Altersvorsorge zwischen Frauen und Männern im Rentenalter verstanden. Im Jahr 2021 betrug die durchschnittliche Höhe der Renten von Frauen 35 442 Franken; jene der Männer 52 735 Franken. Die durchschnittliche jährliche Gesamtrente der Frauen im Jahr 2021 war somit um 17 293 Franken tiefer als jene der Männer, was einem Gender Pension Gap von 32,8% entspricht. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich dieser Wert kaum verändert.¹³⁷

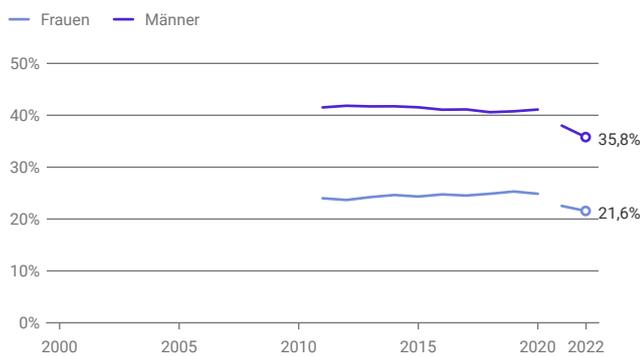
ZIEL 5.5

Beteiligung von Frauen

Die umfassende und wirksame Beteiligung der Frauen ist auf allen Entscheidungsebenen des wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Lebens gewährleistet.

Berufliche Stellung nach Geschlecht

Anteil Arbeitnehmer/-innen in der Unternehmensleitung oder mit leitender Funktion an allen Arbeitnehmer/-innen



2021: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

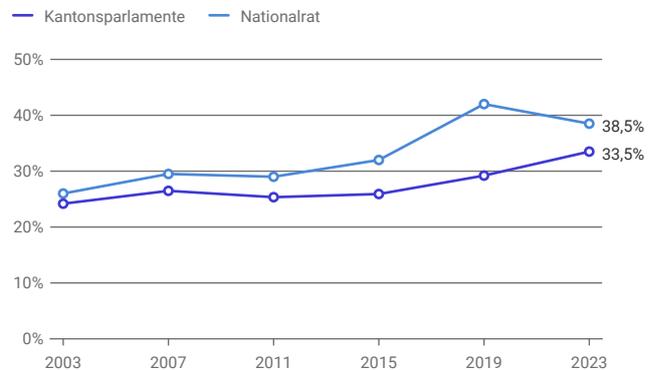
© BFS 2023

Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und jener der Arbeitnehmer in Unternehmensleitungen oder mit leitender Funktion an allen Arbeitnehmenden gibt Auskunft über die **berufliche Stellung nach Geschlecht** und die möglichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Führungspositionen. 2022 waren 21,6% der Arbeitnehmerinnen in einer leitenden Funktion tätig, während dies bei 35,8% der Arbeitnehmer der Fall war.

Zum jährlichen **Arbeitseinkommen eines Paarhaushalts** mit Kindern trugen die Frauen 2021 im Durchschnitt gut ein Viertel und die Männer rund zwei Drittel bei, der verbleibende Teil stammte von anderen Haushaltsmitgliedern. Dieser Unterschied ist umso ausgeprägter, je mehr Kinder im Haushalt leben. Bei Paaren ohne weitere Haushaltsmitglieder brachte die Frau 42,2% des gesamten Arbeitseinkommens ein.¹³⁸

Frauenanteil im Nationalrat und in den Kantonsparlamenten

Anteil der Frauen an allen Gewählten



Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Statistik der Wahlen und Abstimmungen

© BFS 2023

Eine angemessene Vertretung von Frauen in politischen Organen fördert den Einbezug der Geschlechterperspektiven in politische Entscheidungen, was für die Realisierung der Gleichstellung zwischen Frau und Mann von grosser Bedeutung ist. 2023 betrug der **Frauenanteil im Nationalrat** 38,5%, jener in den **Kantonsparlamenten** 33,5%. Dies entspricht einer Zunahme von 63,8% im Nationalrat und von 38,5% in den Kantonsparlamenten seit 2003.

Im Zeitraum 2019–2023 belief sich der **Frauenanteil in den Exekutiven der Kantone** auf 31,2%. Zwischen den einzelnen Parteien und Kantonen bestehen grosse Unterschiede. Die höchsten Anteile gewählter Frauen waren in den Kantonen Waadt (71,4%), Solothurn (60,0%), Genf (57,1%) und Zürich (57,1%) zu beobachten. Umgekehrt fiel der Frauenanteil in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Freiburg und Schwyz mit 14,3% am tiefsten aus. In den Exekutiven der Kantone Aargau, Uri und Wallis war gar keine Frau vertreten.¹³⁹

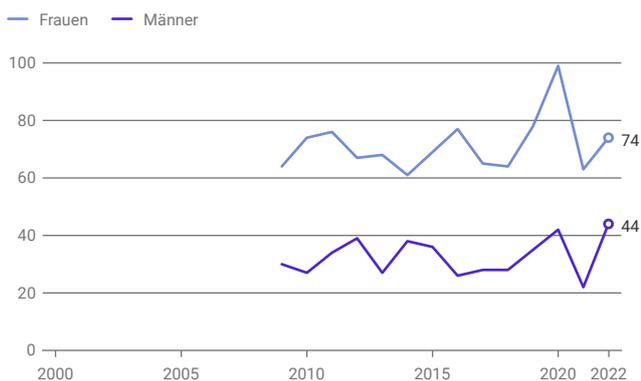
ZIEL 5.2

Gewalt gegenüber Frauen und häusliche Gewalt

Sämtliche Formen von Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sowie häusliche Gewalt sind eingedämmt.

Häusliche Gewalt nach Geschlecht

Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich



Datenstand: 19.12.2023

Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

© BFS 2023

Häusliche Gewalt, insbesondere Gewalt in der Partnerschaft als deren häufigste Form, verursacht grosses menschliches Leid, da familiär oder emotional miteinander verbundene Personen davon betroffen sind. Der Indikator häusliche Gewalt zeigt die polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt (vollendete Tötungsdelikte, versuchte Tötungsdelikte mit schwerer Verletzung, vollendete schwere Körperverletzung) im häuslichen Bereich. Für **Frauen** besteht ein erhöhtes Risiko, **Opfer von häuslicher Gewalt** zu werden, während Männer eher Opfer von körperlicher Gewalt im öffentlichen Raum werden.

Die Anzahl polizeilich registrierter Opfer von schwerster Gewalt im häuslichen Bereich, das heisst zwischen Familienmitgliedern oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft, schwankt seit 2009. Im Jahr 2022 waren fast zwei Drittel (62,7%) der Opfer von schwerer häuslicher Gewalt Frauen: 74 weibliche und 44 männliche Opfer von schwerster häuslicher Gewalt wurden registriert, 2021 waren es 63 Frauen und 22 Männer. Im Jahr 2022 starben 25 Personen infolge häuslicher Gewalt, davon 18 Frauen.¹⁴⁰

Bei ausgewählten, für den häuslichen Bereich relevanten Straftaten wird die **Beziehung zwischen beschuldigter und geschädigter Person** erfasst. Für 38% dieser Straftaten wurde 2021 eine häusliche Beziehung registriert.¹⁴¹ Insgesamt wurden 11 148 von häuslicher Gewalt geschädigte Personen polizeilich registriert, davon 70% Frauen.¹⁴² Der grösste Teil der polizeilich registrierten häuslichen Gewalt betrifft minderschwere Gewaltstraftaten (zum Beispiel Tötlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen, einfache Körperverletzung). Das Anzeigeverhalten bei solchen Straftaten ist sehr unterschiedlich, die Dunkelziffer ist hoch.

Die Zahl der polizeilich registrierten **schweren vollendeten Gewaltstraftaten** ist zwischen 2009 und 2015 zurückgegangen und hat seither tendenziell wieder zugenommen. 2022 erfolgten 1296 Verzeigungen wegen schwerer vollendeter Gewaltstraftaten, gegenüber 1087 im Vorjahr. Davon betrafen 29% schwere Körperverletzung, 62% Vergewaltigung, 5% schweren Raub, 1% Geiselnahmen und die restlichen 3% Tötungsdelikte. Wie bei der häuslichen Gewalt sind die Opfer schwerer Gewalt überwiegend weiblich. Im Jahr 2022 waren von 1261 geschädigten Personen 903 Frauen (71,6%).¹⁴³

Die MONET 2030-Indikatoren auf einen Blick

5.1 et 8.5 (b)	Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern	↘	↘	■
5.4	Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/ Familienarbeit	↘	↘	■
8.5 (b)	Erwerbsquote der Frauen	↗	↗	■
5.5	Berufliche Stellung nach Geschlecht	↘	↘	■
	Frauenanteil im Nationalrat und in den Kantonsparlamenten	↗	↗	■
5.2	Häusliche Gewalt	↘		■

Quellen

- 1 Umweltrelevantes Verhalten im Alltag – 2011, 2015, 2019 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 2 Einschätzung der Gefahr von Umweltveränderungen und Technologien – 2011, 2015, 2019 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 3 Durchschnittliche Wohnfläche pro Bewohner nach Zimmerzahl, nach Kanton – 2012–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 4 Haushalte und Lebensformen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 5 Tägliche Distanz und Unterwegszeit | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 6 Mineralölsteuer | Statistik | Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (admin.ch)
- 7 Mineralölsteuer | Statistik | Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (admin.ch)
- 8 SR 725.116.2 – Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG) (admin.ch)
- 9 SR 641.611 – Mineralölsteuerverordnung vom 20. November 1996 (MinöStV) (admin.ch)
- 10 Mineralölsteuer | Statistik | Lieferung von Flugtreibstoffen 2022 – T 2.4 | Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (admin.ch)
- 11 European innovation scoreboard (europa.eu)
- 12 Indicators of Product Market Regulation – OECD
- 13 Finanzstatistik – Daten | Eidgenössische Finanzverwaltung (admin.ch)
- 14 Neugründungen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 15 Umweltbezogene Abgaben | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 16 Materialflüsse | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 17 Materialflüsse | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 18 MONET 2030: Materialintensität | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 19 Luftemissionen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 20 SR 814.610 – Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) (admin.ch)
- 21 Umweltindikator Sonderabfälle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 22 Indikator Chemikalien Freisetzung von Benzol aus Betrieben | Bundesamt für Umwelt (admin.ch)
- 23 Indikator Chemikalien – Verbrauch teilhalogenerter Fluorkohlenwasserstoffe | Bundesamt für Umwelt (admin.ch)
- 24 Agrarbericht 2023 – Produktionssystembeiträge (agrarbericht.ch)
- 25 Artenvielfalt (γ -Diversität) (admin.ch) und Zustand der Biodiversität in der Schweizer Agrarlandschaft: Zustandsbericht ALL-EMA 2015–2019
- 26 Landwirtschaft und Umwelt | Bundesamt für Statistik (admin.ch) und Verkaufsmengen der Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe (admin.ch)
- 27 Nahrungsmittelverbrauch nach Art der Nahrungsmittel – 1998–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 28 Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauches in der Schweiz. Je Kopf und Jahr – 1980–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 29 Entwicklung der Treibhausgasemissionen der Schweiz seit 1990 | Bundesamt für Umwelt (admin.ch) und Landwirtschaft und Umwelt | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 30 Umfeld | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 31 Gesundheitsrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen nach Geschlecht, Alter, Sprachgebiet, Bildungsniveau, Nationalität – 1992, 1997, 2002, 2007, 2012, 2017 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 32 Body Mass Index (BMI) – 1992, 1997, 2002, 2007, 2012, 2017, 2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 33 Übergewicht nach Geschlecht – Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr) – In Prozent – 1992, 1997, 2002, 2007, 2012, 2017, 2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 34 CO₂-Statistik: Emissionen aus Brenn- und Treibstoffen (admin.ch)
- 35 Reaktion der Gesellschaft | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 36 Sterblichkeit und deren Hauptursachen in der Schweiz, 2015 – Todesursachenstatistik | Publikation | Bundesamt für Statistik (admin.ch)

- 37 Klimawandel – MeteoSchweiz (admin.ch)
- 38 Entwicklung Temperatur, Niederschlag und Sonnenschein – MeteoSchweiz (admin.ch)
- 39 Klimaindikatoren – MeteoSchweiz (admin.ch)
- 40 Klimaindikatoren – MeteoSchweiz (admin.ch)
- 41 Zwischenergebnisse des fünften Landesforstinventars (LFI5) (admin.ch)
- 42 Indikator Wald und Holz (admin.ch)
- 43 LFI – Publikationen
- 44 Unwetterschadens-Datenbank (wsl.ch)
- 45 Indikator Wasser (admin.ch)
- 46 Indikator Naturgefahren (admin.ch)
- 47 Einschätzung der Gefahr von Umweltveränderungen und Technologien – 2011, 2015, 2019 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 48 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2022 (admin.ch) – Tabellen – T06
- 49 Avenegy Suisse – Publikationen – Jahresbericht 2022, S. 51
- 50 Avenegy Suisse – Publikationen – Jahresbericht 2022, S. 54
- 51 Monitoring Energiestrategie 2050 (admin.ch), Langfassung, S.19–20
- 52 Stand der Wasserkraftnutzung in der Schweiz am 31. Dezember 2022
- 53 Energiestatistiken – Teilstatistiken – Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien 2021 – Datentabellen
- 54 Energiestatistiken – Teilstatistiken – Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien. Ausgabe 2021
- 55 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2022 (admin.ch) – Tabellen – T 14
- 56 Schweizerische Zivilluftfahrtstatistik 2022 – 7. Treibstoffverbrauch und Schadstoffemissionen – 1990–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch); Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2022 (admin.ch), Heizwerte der Flugtreibstoffe (0,0432TJ/t)
- 57 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2022 (admin.ch) – Tabellen – T 17
- 58 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2022 (admin.ch) – Tabellen – T 10
- 59 Monitoring Energiestrategie 2050 (admin.ch), Langfassung, S.26
- 60 Indikator Biodiversität – Rote Listen (admin.ch)
- 61 vogelwarte.ch – Swiss Bird Index SBI
- 62 Indikator Biodiversität – Tagfalter-Index (admin.ch)
- 63 Indikator Biodiversität – Rote Listen (admin.ch)
- 64 Indikator Biodiversität – Verbotene invasive gebietsfremde Arten gemäss Verordnungen (admin.ch)
- 65 Umweltindikator Bestäubung | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 66 Umweltindikator – Kohlenstoffspeicher | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 67 Indikator Biodiversität – Ausgewiesene Gebiete für Biodiversität (admin.ch)
- 68 Schweizerisches Landesforstinventar, Ergebnisse der vierten Erhebung – T204, S. 231
- 69 Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) – Staatsrechnung
- 70 Restwasser (admin.ch)
- 71 SR 814.20 – Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) (admin.ch)
- 72 Restwassersanierung nach Art. 80 ff. GSchG: Stand Ende 2020 und Entwicklung seit Ende 2018
- 73 Renaturierung der Schweizer Gewässer: Stand ökologische Sanierung Wasserkraft 2018
- 74 Renaturierung der Schweizer Gewässer: Stand ökologische Sanierung Wasserkraft 2018
- 75 Renaturierung der Schweizer Gewässer: Stand ökologische Sanierung Wasserkraft 2018
- 76 Siedlungsflächen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 77 Landwirtschaftsflächen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 78 Indikator Boden – Kohlenstoffgehalt von Landwirtschaftsböden (admin.ch)
- 79 Indikator Boden – Kupfer- und Zinkbelastung von Landwirtschaftsböden (admin.ch)
- 80 Armutsquote, nach verschiedenen Merkmalen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 81 Armutsquoten vor und nach Sozialtransfers, nach verschiedenen Merkmalen – 2014–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 82 Armutsgefährdung, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 83 Dynamik der Armut | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 84 Entbehrungen von Pflegeleistungen nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 85 Die Daten beziehen sich auf OECD-Mitgliedsländer, aber auch auf Nicht-OECD-Mitgliedsländer mit ähnlichem Entwicklungsstand. Quelle: Health resources – Health spending – OECD Data
- 86 Kosten des Gesundheitswesens seit 1960 – 1960–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 87 Gesundheit – Taschenstatistik 2023 | Publikation | Bundesamt für Statistik (admin.ch)

- 88 Kosten des Gesundheitswesens seit 1960 – 1960–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 89 Leerwohnungen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 90 Leer stehende Wohnungen nach Kantonen – 1999–2023 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 91 Mietpreisindex | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 92 Entbehren in Bezug auf die Wohnung, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 93 Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 94 Jugendliche ausserhalb des Bildungssystems nach Migrationsstatus, Geschlecht und Staatsangehörigkeit – 2012–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 95 Intergenerationelle Bildungsmobilität | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 96 Teilnahme an Weiterbildung (letzte 4 Wochen) – 2010–2023 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 97 Weiterbildung von Menschen mit und ohne Behinderungen – 2011, 2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 98 Aktive Mitgliedschaft in einem Verein oder in einer Gruppe, nach Migrationsstatus, verschiedenen soziodemografischen Merkmalen und Grossregionen – 2012–2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 99 Teilnahme am Vereinsleben von Menschen mit und ohne Behinderungen – 2015–2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 100 Anteil der Bevölkerung mit Schweizerischer Nationalität ab 18 Jahren, der häufig an eidgenössischen Abstimmungen teilnimmt, nach Migrationsstatus, verschiedenen soziodemografischen Merkmalen und Grossregionen – 2012–2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 101 Dienstleistungen für die Bevölkerung: Erreichbarkeit – 2011, 2015, 2018 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 102 Dienstleistungen für die Bevölkerung: Erreichbarkeit – 2011, 2015, 2018 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 103 Beteiligung am Arbeitsmarkt von Menschen mit und ohne Behinderungen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 104 Beteiligung am Arbeitsmarkt von Menschen mit und ohne Behinderungen – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 105 Idem
- 106 Idem
- 107 Erwerbsquote und Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten der 15–64-Jährigen, nach Migrationsstatus, Geschlecht und verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2012–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 108 ILO: International Labour Office (ilo.org)
- 109 Erwerbslosenquote gemäss ILO, nach Migrationsstatus, verschiedenen soziodemografischen Merkmalen und Grossregionen – 2012–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 110 Anteil der Erwerbslosen gemäss ILO oder der Nichterwerbspersonen, die arbeiten möchten und erwähnen, ihre Kenntnisse einer Landessprache verbessern zu müssen, um eine geeignete Arbeit zu finden – 2008, 2014, 2017 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 111 Armutsquote, nach Migrationsstatus, verschiedenen soziodemografischen Merkmalen und Grossregionen – 2012–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 112 Rassismus und Integration | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 113 Anteil der Bevölkerung, die Opfer von Diskriminierung oder Gewalt wurde, nach soziodemografischen Merkmalen und geografischer Region – 2016, 2018, 2020, 2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 114 Diskriminierung | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 115 Idem
- 116 Idem
- 117 Einschätzung des Funktionierens (Integration) und Wahrnehmung des Problems (Rassismus), nach soziodemografischen Merkmalen und geografischer Region – 2016, 2018, 2020, 2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 118 Finanzen der sozialen Sicherheit in der Schweiz: Sozialleistungen nach Funktion: in Millionen Franken, zu laufenden Preisen – 2011–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 119 Ausgaben | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 120 Finanzen der sozialen Sicherheit in Europa: Einnahmen: in % des BIP – 1996–2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 121 Schweizerische Sozialversicherungsstatistik (SVS) (admin.ch) und https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/fr/dokumente/themenubergreifend/statistiken/AHV_AVS_4.xlsx.download.xlsx/SVS_AHV_AVS_04.xlsx
- 122 Schweizerische Sozialversicherungsstatistik (SVS) (admin.ch) und https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/fr/dokumente/themenubergreifend/statistiken/BV_PP_3.xlsx.download.xlsx/SVS_BV_PP_03.xlsx
- 123 Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern anhand der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2020 – Schlussbericht | Publication | Office fédéral de la statistique (admin.ch)
- 124 Durchschnittslöhne und Lohnunterschiede, 2020 – erklärter und unerklärter Anteil, privater Sektor – 2020 | Diagramm | Bundesamt für Statistik (admin.ch)

- 125 Monatlicher Bruttolohn (Zentralwert und Quartilbereich) nach Lebensalter, beruflicher Stellung und Geschlecht – Privater Sektor – Schweiz [TA9] – 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 126 Arbeitnehmende mit einem Tieflohn – 2008–2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 127 Gesamter geschlechtsspezifischer Erwerbseinkommensunterschied (GOEG) | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 128 Erwerbsmodelle bei Paaren mit und ohne Kinder im Haushalt – 2010–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 129 Aufteilung der Hausarbeit in Paarhaushalten – 2013, 2018 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 130 Satellitenkonto Haushaltsproduktion | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 131 Anteil der familienergänzend betreuten Kinder im Alter von 0–12 Jahren – 2020, 2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 132 Anteil der Haushalte, die für ihre Kinder im Alter von 0–12 Jahren familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch nehmen – 2018 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 133 Erwerbsquoten in Vollzeitäquivalenten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp – 1.4.1996–30.9.2023 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 134 Erwerbsquoten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp – 1.4.1991–30.9.2023 | Tableau | Office fédéral de la statistique (admin.ch)
- 135 Erwerbsquoten nach Geschlecht und Familiensituation – 2010–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 136 Legislaturindikator: Erwerbsquote der Frauen | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 137 Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechter-spezifischen Einkommensunterschieden – Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 19.4132 Marti Samira vom 25. September 2019 | Publikation | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 138 Individueller Beitrag am Arbeitseinkommen des Haushalts von Paaren mit oder ohne Kind(er) im Haushalt – 2007–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 139 Kantonale Regierungswahlen: Mandatsverteilung nach Partei, Geschlecht und Kanton – 1980–2023 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 140 Häusliche Gewalt: Opfer von vollendeten Tötungsdelikten nach Beziehung, Geschlecht und Alter – 2009–2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 141 Häusliche Gewalt: Anteil häuslicher Gewalt an der polizeilich registrierten Gewalt – 2009–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 142 Häusliche Gewalt: Geschädigte Personen in der Partnerschaft, Belastungsraten nach Geschlecht und Alter – 2009–2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch)
- 143 MONET 2030: Gewaltdelikte | Bundesamt für Statistik (admin.ch)

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat als zentrale Statistikstelle des Bundes die Aufgabe, statistische Informationen zur Schweiz breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen. Die Verbreitung geschieht gegliedert nach Themenbereichen und mit verschiedenen Informationsmitteln über mehrere Kanäle.

Die statistischen Themenbereiche

- 00 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 01 Bevölkerung
- 02 Raum und Umwelt
- 03 Arbeit und Erwerb
- 04 Volkswirtschaft
- 05 Preise
- 06 Industrie und Dienstleistungen
- 07 Land- und Forstwirtschaft
- 08 Energie
- 09 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Mobilität und Verkehr
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale Disparitäten

Die zentralen Übersichtspublikationen

Statistisches Jahrbuch der Schweiz



Das vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Statistische Jahrbuch ist seit 1891 das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es fasst die wichtigsten statistischen Ergebnisse zu Bevölkerung, Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Umwelt des Landes zusammen.

Taschenstatistik der Schweiz



Die Taschenstatistik ist eine attraktive, kurzweilige Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen eines Jahres. Die Publikation mit 52 Seiten im praktischen A6/5-Format ist gratis und in fünf Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch) erhältlich.

Das BFS im Internet – www.statistik.ch

Das Portal «Statistik Schweiz» bietet Ihnen einen modernen, attraktiven und stets aktuellen Zugang zu allen statistischen Informationen. Gerne weisen wir Sie auf folgende, besonders häufig genutzte Angebote hin.

Publikationsdatenbank – Publikationen zur vertieften Information

Fast alle vom BFS publizierten Dokumente werden auf dem Portal gratis in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Gedruckte Publikationen können bestellt werden unter der Telefonnummer +41 58 463 60 60 oder per Mail an order@bfs.admin.ch. www.statistik.ch → Statistiken finden → Kataloge und Datenbanken → Publikationen

NewsMail – Immer auf dem neusten Stand



Thematisch differenzierte E-Mail-Abonnemente mit Hinweisen und Informationen zu aktuellen Ergebnissen und Aktivitäten. www.news-stat.admin.ch

STAT-TAB – Die interaktive Statistikdatenbank



Die interaktive Statistikdatenbank bietet einen einfachen und zugleich individuell anpassbaren Zugang zu den statistischen Ergebnissen mit Downloadmöglichkeit in verschiedenen Formaten. www.stattab.bfs.admin.ch

Statatlas Schweiz – Regionaldatenbank und interaktive Karten



Mit über 4500 interaktiven thematischen Karten bietet Ihnen der Statistische Atlas der Schweiz einen modernen und permanent verfügbaren Überblick zu spannenden regionalen Fragestellungen aus allen Themenbereichen der Statistik. www.statatlas-schweiz.admin.ch

Individuelle Auskünfte

Zentrale Statistik Information

+41 58 463 60 11, info@bfs.admin.ch

Diese Publikation präsentiert den statistischen Anhang zum Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates (SNE 2030). Dieser Anhang ergänzt die im Zwischenbericht enthaltenen Informationen aus dem Indikatorensystem MONET 2030 für das Monitoring der Strategie. Der Anhang gliedert sich gleich wie der Bericht in die zehn Unterthemen der SNE 2030 und liefert eine quantitative Sichtweise auf die Umsetzung der entsprechenden Ziele. Er beruht auf der Auswahl der MONET 2030-Indikatoren für das Monitoring der SNE 2030, die mit zusätzlichen statistischen Informationen ergänzt wurden. Der Zwischenbericht zur Umsetzung der SNE 2030 ist einsehbar unter www.are.admin.ch → Nachhaltige Entwicklung → Strategie und Berichterstattung → Strategie Nachhaltige Entwicklung.

Online

www.statistik.ch

Print

www.statistik.ch
Bundesamt für Statistik
CH-2010 Neuchâtel
order@bfs.admin.ch
Tel. +41 58 463 60 60

BFS-Nummer

2186-2400

ISBN

978-3-303-21054-3

Die Informationen in dieser Publikation tragen zur Messung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) bei.



Indikatorensystem MONET 2030

www.statistik.ch → Statistiken finden → Nachhaltige Entwicklung → Das MONET 2030-Indikatorensystem

**Statistik
zählt für Sie.**

www.statistik-zaehlt.ch